- Der prozentuale Anteil der Frauen unter den ZK-Mitgliedern blieb von 1950 bis 1989 nahezu unverändert niedrig (13,7 bzw. 12,7 Prozent).[33]
- Der Prozentsatz der Hochschulabsolventen unter den ZK-Mitgliedern und Kandidaten nahm von 1985 bis 1988 nur gering um 1,2 % zu (von 16,2 auf 17,3 Prozent).[34]
- Die Mitglieder und Kandidaten des Zentralkomitees von 1986 haben mit 30,7 Prozent am häufigsten Gesellschaftswissenschaften studiert, gefolgt von den Ingenieurwissenschaften mit 18,8 Prozent und den Wirtschaftswissenschaften mit 12,9 Prozent.[35]

MEYER stellt – summarisch interpretierend – fest, daß die DDR-Machtelite – trotz aller politischer Konformität im Verhalten nach außen – kein homogenes Gebilde war, sondern daß sie – unterhalb der Schwelle manifester Richtungskonflikte – durchaus intern differenziert gewesen ist.[36] Er charakterisiert das DDR-System nicht – wie LUDZ – als konsultativen, sondern als „konservativen Autoritarismus" der Macht mit einer „allenfalls repräsentativen politischen Kooptation jüngerer Fachleute". Die Machtelite wollte politische Stabilität und wirtschaftliche Innovationen erreichen ohne eine grundlegende Reform des politischen Systems. Es fand nur gezielte Kooptation statt, die lediglich der personellen Reproduktion der Macht der Elite, ihrer Politik und ihrer Privilegien diente.[37]

C. *Karrieremuster und Eliterekrutierung*

I. *Vorklärungen*

1. *Sample*

In dieser Untersuchung wird zur Erfassung der DDR-Elite der Begriff der Funktionselite verwendet, die institutionalistisch ermittelt wird. Als politische Elite der ehemaligen DDR werden die Mitglieder und Kandidaten des Zentralkomitees der SED definiert.

In der Studie wurde nicht mit Stichproben gearbeitet, sondern mit der Grundgesamtheit aller Personen. Vorgenommen wurde die Analyse der Biographien aller 644 Mitglieder und Kandidaten des Zentralkomitees und der Zentralen Revisionskommission der SED vom Gründungsjahr der SED 1946 bis zu ihrem Ende 1989. In den ersten vier Jahren nach der Gründung der Partei 1946

33 MEYER 1986: 307. MEYER 1991: 236.
34 MEYER 1991: 146.
35 MEYER 1991: 135 f.
36 MEYER 1991: 206.
37 MEYER 1991: 402 f., 406.

gab es noch kein Zentralkomitee, sondern den Parteivorstand, der die Funktion eines Zentralkomitees wahrnahm. Die Zentrale Revisionskommission – von 1946 bis 1950 hieß sie nur Revisionskommission – wurde in die Analyse mit eingeschlossen, weil sie – ähnlich wie die Kandidatur des Zentralkomitees – eine gewisse Elitereserve für den Aufstieg in das Zentralkomitee als Mitglied bildete. Die Mitglieder und Kandidaten der Zentralen Revisionskommission hatten in gewisser Weise die Funktion eines erweiterten Kreises der ZK-Kandidaten.

Das Sample dieser Studie wurde folgendermaßen strukturiert:

SED-Führungsgremien:

(1) Zentralkomitee-Mitglieder (bis 1949 Mitglieder des Parteivorstandes)[38],

(2) Zentralkomitee-Kandidaten (wurden erst 1949 eingeführt),

(3) Mitglieder der Zentralen Revisionskommission (bis 1950 Revisionskommission),

(4) Kandidaten der Zentralen Revisionskommission (wurden erst 1950 eingeführt).

Funktionärsgruppen:

Zentrale und regionale Spitzenfunktionäre der Partei:

Zentrale SED-Spitzenfunktionäre (sind stets ZK-Mitglieder):

(5) Politbüro-Mitglieder (bis 1950 Mitglieder des Zentralsekretariats[39]),

(6) Politbüro-Kandidaten (wurden erst 1950 eingeführt),

(7) ZK-Sekretäre (wurden erst 1950 eingeführt).

Regionale SED-Spitzenfunktionäre:

(8) Erste SED-Bezirkssekretäre (bis 1952 SED-Landesvorsitzende).

Parteifunktionäre insgesamt:

(9) Mitglieder und Kandidaten des Politbüros, die ZK-Sekretäre, die ZK-Abteilungsleiter sowie die Ersten SED-Bezirkssekretäre zusammen.

Zentrale Spitzenfunktionäre des Staatsapparats:

(10) Staatsfunktionäre, sofern sie den verschiedenen Parteigremien angehörten.[40]

Zur Gruppe der Staatsfunktionäre wurden die Mitglieder des Staatsrats und des Ministerrats sowie der Vorsitzenden der Räte der Bezirke gezählt.

Die nach inhaltlichen Kriterien unterschiedenen zehn Gruppen wurden zusätzlich jeweils in folgende Zeitgruppen unterteilt:

38 Bei statistisch relevanten Daten wird gelegentlich die Gruppe „Parteivorstand“ in Tabellen getrennt ausgewiesen.

39 Das Zentralsekretariat nahm auch die Aufgaben der 1950 eingeführten ZK-Sekretäre wahr.

40 Zur Elite in Verwaltung und Außenpolitik vgl.: SCHWARZENBACH 1986. RADDE 1976. Zur Kaderpolitik vgl. SCHULTZ 1956.

- für den gesamten Zeitraum des Bestehens der SED (22.4.1946 bis 18.10.1989),
- unter ULBRICHT[41] (1.1.1950 bis 31.12.1970),
- unter HONECKER[42] (1.1.1971 bis 18.10.1989),
- unter HONECKER vom 1.1.1971 bis zum 31.12.1975,
- unter HONECKER vom 1.1.1976 bis zum 31.12.1980,
- unter HONECKER vom 1.1.1981 bis zum 31.12.1985,
- unter HONECKER vom 1.1.1986 bis zu seinem erzwungenen Rücktritt am 18.10.1989.

Diese Unterteilung entspricht in etwa auch dem Parteitagszyklus unter HONECKER, denn die Parteitage fanden immer im Frühjahr des ersten Jahres der jeweiligen Zeitgruppe statt: der VIII. SED-Parteitag vom 15. bis 19. Juni 1971, der IX. SED-Parteitag vom 18. bis 22. Mai 1976, der X. SED-Parteitag vom 11. bis 16. April 1981 und der XI. SED-Parteitag vom 17. bis 21. April 1986. Ferner wurde jeweils zwischen allen Mitgliedern dieser Zeitgruppen und denjenigen unterschieden, die in dem jeweiligen Zeitraum neu aufgenommen wurden.

In den Biographien wurden – sofern zutreffend und Angaben vorhanden waren – folgende Variablen erfaßt: Geburtsjahr, höchster Bildungsabschluß, Studienfach, politische Rekrutierung, berufliche Karriere, Elitenrekrutierung. Aus der DDR wurden die Protokolle aller SED-Parteitage[43] und die Handbücher der Abgeordneten der DDR-Volkskammer[44] verwendet. An Quellen aus der Bundesrepublik Deutschland werden die „SBZ-Biographie“[45], die von Günter BUCH zusammengestellten „Namen und Daten wichtiger Personen der DDR“[46] und das DDR-Biographien-Archiv des Gesamtdeutschen Instituts herangezogen.

Das methodische Vorgehen ist quantitativer und qualitativer Art. An quantitativen Methoden wurden vom sozialwissenschaftlichen Computerprogramm

41 Vom Zeitpunkt der SED-Gründung 1946 bis 1954 waren Otto GROTEWOHL; und Wilhelm PIECK; Ko-Vorsitzende der Partei. Ihr Einfluß auf die Parteiarbeit war gering, denn Walter ULBRICHT; war von 1950 bis 1953 Generalsekretär und von 1953 bis zu seinem Sturz durch Erich HONECKER; 1971 Erster Sekretär des Zentralkomitees der SED. Nach 1954 wurde das Amt eines Parteivorsitzenden abgeschafft. Vgl. RIKLIN/WESTEN 1963. FÖRTSCH/MANN 1969. WEBER/OLDENBURG 1971.

42 Erich HONECKER; war von 1971 bis 1976 Erster Sekretär und von 1976 bis 1989 Generalsekretär des Zentralkomitees der SED. ULBRICHT; war erst am 3. Mai 1971 als Erster Sekretär des ZK der SED zurückgetreten. Wegen der besseren computermäßigen Berechenbarkeit endet die SED-Herrschaft ULBRICHT;s in dieser Studie bereits am 31.12.1970. Dieses Vorgehen ist auch eliteanalytisch vertretbar, denn in den ersten vier Monaten 1971 wurden keine neuen Mitglieder oder Kandidaten in das Zentralkomitee bzw. in die Zentrale Revisionskommission der SED aufgenommen. Vgl. WEBER 1974. WEBER 1976.

43 SOZIALISTISCHE EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS 1946–1986.

44 SEKRETARIAT DER VOLKSKAMMER 1957–1987.

45 BUNDESMINISTERIUM FÜR GESAMTDEUTSCHE FRAGEN 1961–1965.

46 BUCH 1973–1987.

SPSS die Methoden Häufigkeitsverteilung, Kreuztabellierung und Faktorenanalyse angewandt. Auf der Grundlage der Ergebnisse der Computerdurchläufe wurden die Tabellen und Grafiken zusammengestellt. Um Zufälligkeit auszuschließen, wurden nur diejenigen statistischen Ergebnisse interpretiert, die eine Mindestfallzahl von 10 aufweisen.

In den Protokollen der Sitzungen des ZK-Sekretariats sowie des Politbüros sind – sofern sie durchgesehen werden konnten[47] – keine Hinweise von Vorgaben gefunden worden, die festlegen, wieviel Funktionäre aus welchen Apparaten welcher hierarchischen Ebene auf dem jeweils kommenden Parteitag in das ZK als Mitglieder bzw. Kandidaten zu wählen sind. Diese Vorfestlegungen sind mündlich erfolgt. In den Sitzungsprotokollen ist die Liste der ZK-Mitglieder und Kandidaten nachzulesen, wie sie dann einige Wochen später vom Parteitag beschlossen und in den Parteitagsprotokollen in ähnlicher Form veröffentlicht worden ist. Wenn ein Funktionär erstmals in das Parteigremium aufgenommen wurde, enthielt diese Liste im Anhang einen ausführlichen Lebenslauf des/der Kandidaten/In, der auch Angaben über die Eltern, den Ehepartner, die Kinder, die Schwiegereltern und die Geschwister enthielt.

2. *Begriffsbestimmungen*

„Karriere“ definiert HERZOG als eine „Sequenz von Positionen“, die ein „Individiuum sukzessiv durchläuft“. Diese Positionen sind gewöhnlich, aber nicht notwendig, in einer „hierarchischen Rangordnung im Hinblick auf Einfluß, Prestige und/oder Einkommen“ gestaffelt. Dabei können Karrieren „nicht jeweils individuell völlig verschiedenartig verlaufen“, denn sie sind bedingt durch die Möglichkeiten, die das jeweilige gesellschaftspolitische System bietet. Die Karrieren bilden Muster (patterns) von Positionssequenzen, die von verschiedenen Individuen stets in gleicher Weise wiederholt werden. Die Existenz von Karrieremustern setzt voraus, daß die „institutionell-organisatorischen Strukturen einer Gesellschaft, soweit sie Karrierechancen bedingen, über lange Zeit verhältnismäßig konstant bleiben“.[48]

In den einzelnen Karrierepositionen wurde zwischen dem Organisationsbereich und dem Funktionsbereich differenziert. Der Organisationsbereich ist derjenige Apparat, dem ein Funktionär angehört. Der Funktionsbereich ist derjenige Bereich, für den der Funktionär zuständig ist. Z.B. gehörte der Leiter der ZK-Abteilung für Landwirtschaft zum Organisationsbereich „Partei“ und war zuständig für den Funktionsbereich „Landwirtschaft“.

47 „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv“ in Berlin.
48 HERZOG 1975: 45.

Hinsichtlich des Karriereverlaufs unterscheidet Grey HODNETT[49] folgende Phasen:

1. die Suche nach dem Organisationsbereich, die mit der ersten Ganztagsberufstätigkeit beginnt und mit dem Eintritt in die zweite Phase endet;
2. die formende Berufserfahrung, d. h. die erste mindestens dreijährige ununterbrochene Ganztagsberufstätigkeit in demselben Organisationsbereich,
3. die dominierende Berufsgrundlage, die mit dem Ende der zweiten Phase beginnt und mit der ersten Karriereposition endet, die den Aufstieg in die erste höhere Position ermöglicht, in dieser Studie in das Zentralkomitee, und
4. der Aufstieg in die erste höhere Position, hier in das Zentralkomitee als Mitglied.

Die ersten beiden Phasen werden im Rahmen der Karriereanalyse untersucht, die beiden letzten bei der Ermittlung von ZK-Eintrittsmustern. Die Analyse der Karriereverläufe erstreckt sich auf den Zeitraum bis zur Rekrutierung in das Zentralkomitee. Sie umfaßt die Untersuchung der Karriereflexibilität, d. h. den Karriereanteil der hauptsächlichen Organisationsbereiche, und die Karrieredynamik, d. h. die Anzahl sowie die Dauer der einzelnen Karriereschritte in den wichtigsten Organisationsbereichen.

Bei der Eliteanalyse ist die von FLERON eingeführte Distinktion zwischen „Rekrutierung“ und „Kooptation“ von großem Nutzen.[50] Sie bezieht sich auf zwei Haupttypen von Angehörigen der politischen Elite: Mit „Rekrutierung“ bezeichnet FLERON den Zugang zur politischen Elite in einem frühen Karrierestadium, d. h. bevor jemand mehr als sieben Jahre in einer nicht-politischen Karrierephase verbracht hat. Diese Funktionäre wurden in einem relativ frühen Stadium in die politische Elite aufgenommen und hatten wenig Gelegenheit, engere Beziehungen zu Spezialisten herzustellen. „Kooptation“ bedeutet Zugang zur politischen Elite zu einem mittleren oder späten Karrierezeitpunkt, d. h. nachdem man mehr als sieben Jahre in einer nicht-politischen Karrierephase verbracht hat. Die Vertreter dieser Gruppe werden als Spezialisten in die politische Elite aufgenommen.

Diese Unterscheidung von FLERON führe ich dahingehend weiter, daß ich von Rekrutierung spreche, wenn die Aufnahme in das Zentralkomitee in einer Karriereposition des politischen Apparats erfolgt. Als politischen Apparat betrachte ich im kommunistischen System der DDR den Parteiapparat, weil von ihm die politischen Entscheidungen gefällt werden. Eine Kooptation findet statt, wenn die Berufung in das Zentralkomitee nicht aus dem politischen Apparat, sondern aus einem anderen Apparat, einem Fachapparat, erfolgt. Die Umsetzung der politischen Entscheidungen erfolgt durch die Fachapparate,

49 HODNETT 1978: 177, 223.
50 FLERON 1970: 123, 138.

wobei der staatliche Exekutivapparat – hauptsächlich die Regierung – und der Wirtschaftsapparat, dessen Aufgabe die administrative Wirtschaftsleitung ist, die beiden wichtigsten sind. Maßgebend ist die jeweilige Karriereposition, in welcher die Aufnahme in das Parteigremium erfolgte, nicht eine spätere Karriereposition.

II. *Empirische Untersuchungsergebnisse*

Die empirische Analyse der 644 Biographien aller Mitglieder und Kandidaten des Zentralkomitees und der Zentralen Revisionskommission der SED führten zu folgenden Ergebnissen:

1. *Sozialer Background*

Die Variablen des sozialen Background umfassen die Angaben zu Alter und Geschlecht. Die Variable der sozialen Herkunft wurde – LUDZ folgend – nicht verwendet, weil die entsprechenden Angaben meistens „geschönt" wurden in dem Sinne, daß aus ideologischen Gründen möglichst viele der sozialen Herkunft nach Arbeiter sein wollten. Einerseits war nach Frank ADLER in der Konstituierungsphase der DDR-Gesellschaft der „Zugang auch zu oberen Leitungs- und Führungsebenen für die traditionellen Unterschichten – vorzugsweise für Arbeiter – so offen wie wohl nie zuvor in der deutschen Geschichte und vermutlich wie kaum in einem anderen sozialistischen europäischen Land, das nach dem 2. Weltkrieg entstand".[51]

ADLER erklärt das mit den spezifischen Umständen der nachfaschistischen Entwicklung im Osten Deutschlands:

> „Diskriminierung der alten Eliten durch ihre Integration in das faschistische System, traditionelle Orientierung der KPD auf proletarische Unterschichten". Auch nach Beendigung dieser Phase Ende der 50er Jahre „unternahm die SED-Führung große Anstrengungen, um den Zustrom von 'Arbeiterkadern' (natürlich nach ihrer Sozialisierung im/durch Apparat) in Leitungs- und Funktionärsfunktionen nicht versiegen zu lassen. Offensichtlich war jedoch dann schon die Pflege dieser Reproduktionsquelle zur Herrschaftstechnik instrumentalisiert; bot doch die soziale Herkunft 'Arbeiter' gegenüber der dann schon möglichen Rekrutierung aus der ('neuen') Intelligenz eine Reihe von Vorteilen: Die Sozialisierung bzw. Disziplinierung im Apparat konnte aufbauen auf dem Fundament industrieller Disziplin, verinnerlichter Autoritäts- und Hierarchiestrukturen betrieblicher Organisation; nach außen hin konnte der Legitimationsschein von der führenden Arbeiterklasse befestigt werden; die proletarische Herkunft sicherte ein

51 ADLER 1991: 181.

gewisses Maß an Kommunikationsfähigkeit (Kenntnis, Mentalität, Sprache etc.) mit der Arbeiterschaft."[52]

Die verstärkte Aufnahme von Arbeitern in Führungspositionen hatte auch Konsequenzen:

„Bis zuletzt wurde in der Tat von diesen 'Kadern' eine Art von Dankbarkeit, 'Gefolgstreue' empfunden, die Zweifel und Kritik – insofern derartiges überhaupt aufkeimte – paralysierte, zumal der persönliche Aufstieg, die persönliche Beteiligung an der Gestaltung eines alternativen deutschen Staatswesens für sie ein hohes Maß an Identifikation schuf. Nicht zuletzt war damit auch ein latentes Potential für Intelligenzfeindlichkeit gegeben, das gegen aufmüpfige Intellektuelle immunisierte und bei Bedarf gegen sie aktiviert werden konnte. Deshalb blieb die Reproduktion der unteren und mittleren Ränge aus den Unterschichten auch in der 'geschlosseneren' Spätphase des Realsozialismus in reduziertem Umfang erhalten."[53]

a) *Alter*

Bei der Analyse der verschiedenen Zeitgruppen wurde das durchschnittliche Geburtsjahr auf das durchschnittliche Alter umgerechnet. Als Bezugsjahr für diese Umrechnung wurde jeweils das mittlere Jahr der jeweiligen Zeitgruppe zugrundegelegt.

Bei den ZK-Mitgliedern nahm das Durchschnittsalter (vgl. *Tabelle 1*[54]) um 15 Jahre von 46 Jahren (unter ULBRICHT) auf 61 Jahre (nach dem letzter HONECKER-Parteitag 1986) zu und bei den ZK-Kandidaten um 12 Jahre von 41 Jahren (unter ULBRICHT) auf 53 Jahre (nach dem letzten HONECKER-Parteitag 1986). Die ZK-Kandidaten waren durchschnittlich immer jünger als die ZK-Mitglieder, was – im allgemeinen – der Rolle der ZK-Kandidatur als einer Vorstufe zur ZK-Mitgliedschaft entspricht. Der durchschnittliche Altersabstand der Kandidaten zu den Mitgliedern der Zentralkomitees vergrößerte sich sogar von fünf (unter ULBRICHT) auf acht Jahre (in den letzten HONECKER-Jahren).

Wird das Durchschnittsalter der jeweils neuen ZK-Mitglieder und -Kandidaten analysiert, so ergibt sich, daß es bei den ZK-Mitgliedern unter HONECKER ebenfalls anstieg von 46 (1971 bis 1975) auf 54 (1986 bis 1989) Jahre, während es bei den ZK-Kandidaten von 47 (1971 bis 1975) auf 46 (1986 bis 1989) etwas zurückging (vgl. *Tabelle 1*). Lediglich bei den in den letzten HONECKER-Jahren nach 1986 in das Zentralkomitee neu aufgenommenen 34

52 ADLER 1991: 180 f.
53 ADLER 1991: 181.
54 In den verschiedenen Tabellen können die Angaben über die Anzahl der Mitglieder derselben Personengruppe voneinander abweichen, weil nicht immer zu allen Mitgliedern einer Personengruppe Angaben vorlagen.

Mitgliedern stagnierte das Durchschnittsalter bei 54. Es gab also nach 1986 den vorsichtigen Versuch, die Zunahme des Durchschnittsalters der ZK-Mitglieder zu stoppen.

Auch das Durchschnittsalter der Zentralen Revisionskommission nahm ständig zu: von 52 Jahren unter ULBRICHT auf 66 Jahre in den letzten drei HONECKER-Jahren bei den ZRK-Mitgliedern und von 50 (unter ULBRICHT) auf 59 Jahre (1986–89) bei den ZRK-Kandidaten, wobei das Durchschnittsalter der ZRK-Kandidaten immer unter dem der ZRK-Mitglieder blieb. Auch die ZRK-Kandidatur diente der Vorbereitung der ZRK-Mitgliedschaft.

Unter ULBRICHT lag das Durchschnittsalter der ZRK-Mitglieder und -Kandidaten jeweils sechs Jahre und unter HONECKER drei Jahre über dem der ZK-Mitglieder und -Kandidaten (vgl. *Tabelle 1*). Die Zentrale Revisionskommission hatte also in der Regel nicht die Funktion einer Durchgangsstation auf dem Weg in das Zentralkomitee. Vielmehr war die Zentrale Revisionskommission Aufnahmegremium für diejenigen Parteimitglieder, die aufgrund ihrer Funktion zwar in ein zentrales Parteigremium einrücken sollten, aber nicht im hierarchisch höheren Rang eines ZK-Kandidats oder ZK-Mitglieds.

Die Untersuchung des Durchschnittsalters der Mitglieder und Kandidaten des Politbüros (*Tabelle 2*) läßt ebenfalls seine ständige Zunahme erkennen, nämlich um 13 bzw. 16 Jahre: von 52 Jahren (unter ULBRICHT) auf 65 Jahre in den letzten HONECKER-Jahren bei den Politbüro-Mitgliedern und von 45 auf 61 Jahre bei den Politbüro-Kandidaten. Allerdings zählte das Politbüro nach 1986 nur sieben Kandidaten. Wer einmal im Politbüro war, blieb laut Günter SCHABOWSKI in diesem SED-Spitzenorgan, wenn er sich nicht gerade als „wilder Quertreiber“ entpuppte. „Das gehörte zu der ‘Einheit und Geschlossenheit‘ des Politbüros.“[55]

Erst nach mehrjähriger ZK-Mitgliedschaft war der Aufstieg in das Politbüro möglich. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, wenn das Durchschnittsalter der Politbüro-Mitglieder um vier (unter HONECKER nach 1986) bis sechs Jahre (unter ULBRICHT) über dem der ZK-Mitglieder und der Politbüro-Kandidaten um vier (unter ULBRICHT) bis zu acht Jahren (unter HONECKER nach 1986) über dem der ZK-Kandidaten lag. Auf der anderen Seite lag – ähnlich wie bei den Kandidaten des Zentralkomitees und der Zentralen Revisionskommission – auch bei den Politbüro-Kandidaten das Durchschnittsalter unter dem der Politbüro-Mitglieder.

Auf der zentralen Ebene sind die Sekretäre des Zentralkomitees, die ZK-Sekretäre, die hauptberuflichen Spitzenfunktionäre der Partei, und auf der regionalen Ebene die Ersten Sekretäre der SED-Bezirksleitungen. Auch ihr Durchschnittsalter erhöhte sich bei den ZK-Sekretären um 14 Jahre von 48 (unter ULBRICHT) auf 62 Jahre (in den letzten HONECKER-Jahren) und bei

55 SCHABOWSKI 1990: 89 f.

den Ersten SED-Bezirkssekretären um 16 Jahre von 44 (unter ULBRICHT) auf 60 Jahre (unter HONECKER nach 1986).

Das Durchschnittsalter der ZK-Sekretäre lag bis zu vier Jahre unter dem der Politbüro-Mitglieder, wobei hinzuzufügen ist, daß viele ZK-Sekretäre zugleich Politbüro-Mitglieder waren. Das Politbüro war somit das am meisten überalterte Gremium. Bei den Spitzenmitgliedern des Parteiapparats wollte man wenigstens eine gewisse Verjüngung.

Die Untersuchung des Durchschnittsalters in den verschiedenen Zeitgruppen ergibt eine ständige Zunahme des Durchschnittsalters. In der Regel nehmen politische Sensibilität und Flexibilität im Alter nicht zu, so daß schon die altersmäßigen Voraussetzungen für politischen Druck des Zentralkomitees auf das Politbüro und des Politbüros auf Parteichef HONECKER denkbar ungünstig waren.

ZK-Mitgliedschaft, ZK-Kandidatur und ZRK-Mitgliedschaft sowie Politbüro-Mitgliedschaft und Politbüro-Kandidatur wiesen hinsichtlich des Durchschnittsalters mehr Unterschiede als Ähnlichkeiten auf. Verglichen mit der Zentralen Revisionskomission, nicht mit dem Zentralkomitee, galt also – bezogen auf das Politbüro –, daß je politisch ranghöher das Parteigremium, desto höher war das Durchschnittsalter seiner Mitglieder.

b) *Geschlecht*

Der Anteil von Frauen an den ZK-Mitgliedern nahm unter HONECKER nur geringfügig zu: von 9,7 Prozent (19 von 196) unter ULBRICHT auf 11,3 Prozent (21 von 186) unter HONECKER nach 1986. Bei den ZK-Kandidaten ging der Frauenanteil sogar geringfügig von 13,9 Prozent (23 von 166) unter ULBRICHT auf 10,5 Prozent (8 von 76) in den letzten HONECKER-Jahren zurück.

Durchschnittlich etwas mehr Frauen als in das Zentralkomitee durften in die rangniedrigere Zentrale Revisionskommission einziehen. Ihr Frauenanteil nahm um die Hälfte von 17,1 Prozent (7 von 41) unter ULBRICHT auf 25,0 Prozent (10 von 40) in den letzten HONECKER-Jahren zu. Der Frauenanteil unter den Kandidaten der Zentralen Revisionskommission (vgl. *Tabelle 3*) war zu gering, um statistisch relevant sein zu können.

Ähnlich wie bei den ZRK-Kandidaten verhält es sich bei den Politbüro-Kandidaten, den ZK-Sekretären, den Partei- und den Staatsfunktionären (vgl. *Tabelle 3*). Die Anzahl der Frauen in diesen Funktionen war zu gering, als daß statistisch sinnvolle Aussagen gemacht werden könnten. Lediglich die in der Gruppe der Parteifunktionäre vertretenen 11 Frauen (von 132 oder 8,3 Prozent) liegen oberhalb der statistisch mit 10 definierten Zufallsgrenze. Dem Politbüro hat sogar nie eine Frau als Mitglied angehört.

Normalerweise sind Frauen mehr mit dem Alltag und seinen Problemen

verbunden als Männer. Wenn mehr Frauen – vor allem von der Basis – im Zentralkomitee vertreten gewesen wären, hätten sie vielleicht dort die Alltagsprobleme stärker artikuliert und es der Parteiführung vor allem in den letzten HONECKER-Jahren schwerer gemacht, eine realitätsferne Politik zu betreiben. Die Frauen waren in den politischen Gremien weit unter ihrem Bevölkerungsanteil von 52,2 Prozent (1988)[56] und ihrer SED-Mitgliedschaft (SED-Kandidaten mitgerechnet) von 36,5 Prozent (1989)[57] vertreten.

2. *Bildungsvariablen*

a) *Bildungsniveau*

Das Bildungsniveau der ZK-Mitglieder (vgl. *Tabelle 4*) lag formal verhältnismäßig hoch und nahm unter HONECKER noch weiter zu: So wiesen unter ULBRICHT 70,6 Prozent (125 von 196 bei 19 ohne Angaben/Anwendung) der ZK-Mitglieder einen Hochschulabschluß auf, nach 1986 sogar 91,2 Prozent (166 von 186 bei 4 ohne Angaben/Anwendung).

Ähnlich verhielt es sich bei den ZK-Kandidaten: Unter ULBRICHT hatten 78,2 Prozent (104 von 166 bei 33 ohne Angaben/Anwendung) eine Hochschule absolviert, in den letzten HONECKER-Jahren nach 1986 87,7 Prozent (61 von 76 bei 4 ohne Angaben/Anwendung). Noch etwas höher lagen die Werte bei den von HONECKER nach 1986 neu in das Zentralkomitee aufgenommenen Mitgliedern: 96,9 Prozent (31 von 34 bei 2 ohne Angaben/Anwendung) Hochschulabsolventen. Unter ULBRICHT waren bei den ZK-Kandidaten 7,6 Prozent mehr Hochschulabsolventen als bei den ZK-Mitgliedern. Unter HONECKER kehrte sich dieses Verhältnis um: Nach 1986 hatten 3,5 Prozent mehr ZK-Mitglieder eine Hochschule absolviert als ZK-Kandidaten.

Nachdrücklich hob HONECKER das formale Bildungsniveau der Mitglieder der Zentralen Revisionskommission – die Daten für die ZRK-Kandidaten sind wegen der geringen Fallzahl statistisch nicht relevant – sowie der Mitglieder und Kandidaten des Politbüros (vgl. *Tabelle 5*) an: bei den ZRK-Mitgliedern von 40,9 Prozent (9 von 41 bei 19 ohne Angaben/Anwendung) unter ULBRICHT auf 81,5 Prozent (22 von 40 bei 13 ohne Angaben/Anwendung) nach 1986, bei den Politbüro-Mitgliedern von 47,1 Prozent (8 von 17) auf 72,7 Prozent (16 von 22) nach 1986 und bei den Politbüro-Kandidaten von 61,5 Prozent (16 von 26) auf 100,0 Prozent (7 von 7) für die Jahre nach 1986.

Weniger spektakulär war die Anhebung der Zunahme des formalen Bildungsniveaus bei den ZK-Sekretären, den Ersten Bezirkssekretären, den Partei- und

56 STAATLICHE ZENTRALVERWALTUNG FÜR STATISTIK 1989: 1.
57 MEYER 1991: 222.

den Staatsfunktionären, weil dieses bereits unter ULBRICHT relativ hoch war: bei den ZK-Sekretären von 61,9 Prozent (13 von 21) auf 75,0 Prozent (9 von 12), bei den Ersten Bezirkssekretären von 61,8 Prozent (21 von 34) auf 100 Prozent (16 von 16), bei den Parteifunktionären von 67,1 Prozent (55 von 82) auf 81,4 Prozent (48 von 60 bei 1 ohne Angaben/Anwendung) und den Staatsfunktionären von 72,2 Prozent (39 von 55 bei 1 ohne Angaben/Anwendung) auf 86,0 Prozent (43 von 50). Die Ersten Bezirkssekretäre wiesen mit 100 Prozent den höchsten Prozentsatz von Hochschulabsolventen unter HONECKER auf. Als Bezirksparteichefs bekleideten sie die regionalen Spitzenpositionen und bildeten zugleich die Kaderreserve für zentrale Spitzenpositionen. Sie sollten offensichtlich besonders qualifiziert sein.

Der prozentuale Anteil der Hochschulabschlüsse bei den ZK-Mitgliedern variiert bezüglich der Karriereposition, aus der sie in das Zentralkomitee rekrutiert worden sind. Die größte Häufigkeit von 86,7 Prozent (26 von 30) ist bei denjenigen ZK-Mitgliedern festzustellen, die in einer Wirtschaftsposition in das ZK kooptiert wurden. An zweiter Stelle mit 76,9 Prozent (40 von 52) rangieren bei der Absolvierung eines Studiums die aus einer staatlichen Exekutivposition in das Zentralkomitee Kooptierten. Prozentual am niedrigsten mit 69,9 Prozent (95 von 136) von den drei größten Apparaten ist die Quote der Hochschulabschlüsse bei den aus einer Parteiposition in das Zentralkomitee Rekrutierten. Die aus den Spezialapparaten „Wirtschaft“ und „Staatliche Exekutive“ in das Zentralkomitee als Mitglieder Kooptierten wiesen eine höhere Bildungsqualifikation auf als die aus dem politischen Parteiapparat in das zentrale Parteigremium Rekrutierten.

Hartmut ZIMMERMANN weist darauf hin, daß der Zugang zu Universitäten und Hochschulen erschwert worden ist durch:

- die Reduzierung der Neuzulassungen um über 25 Prozent seit 1971,
- das „politisch motivierte Kooptations- bzw. kaderpolitische Ausleseverfahren“ in Form von Beurteilungen, die Schule, Betrieb, FDJ-Leitung usw. zu erstellen hatten, und
- die „ständig wirkende Tendenz zur Selbstrekrutierung der Intelligenz“.[58]

Für eine politische Karriere reichte der Studienabschluß nicht aus. Hinzukommen mußten nach ZIMMERMANN:

- die Bewährung in der Berufstätigkeit und
- die „politisch-fachliche Weiterbildung“ in den Bildungseinrichtungen der SED, des Staates, der Blockparteien, der FDJ und/oder des FDGB mit zum Teil mehrjährigen Studiengängen mit entsprechenden Abschlüssen. „Dieses spezielle Schulungs- und Weiterbildungssystem ist das eigentliche Rekrutierungsfeld für die politischen Führungsgruppen, zu dem sich

58 ZIMMERMANN 1988: 239.

der Zugang ausschließlich über Kooptationsmechanismen (Delegierung bzw. Abordnung auf Grund kaderpolitischer Entscheidungen der jeweils zuständigen Parteileitung) erschließt."[59]

b) *Studienfach*

Für mehr Professionalität der neuen ZK-Mitglieder spricht außer der häufigeren Absolvierung eines Hochschulstudiums auch die Tatsache, daß der Anteil derjenigen, die eine SED-Parteihochschule besucht haben, kontinuierlich zurückging. Während unter ULBRICHT noch 26,1 Prozent (31 von 196 bei 77 ohne Angaben/Anwendung) der studierten ZK-Mitglieder, deren Studienfach bekannt war, die SED-Parteihochschule besuchten, als häufigstes erstes Studienfach ein Parteistudium absolvierten, gefolgt vom Ingenieurstudium mit 16,0 Prozent (19) und dem Wirtschaftsstudium mit 10,1 Prozent (12), waren es unter HONECKER nach 1986 15,2 Prozent (25 von 186 bei 22 ohne Angaben/Anwendung). Auch das Ingenieurstudium fiel zurück, auf 12,2 Prozent (20) und mußte die zweite Häufigkeit mit dem Wirtschaftsstudium teilen, das sich entsprechend verbesserte. Die dritte Häufigkeit nahm nach 1986 das Studium der Gesellschaftswissenschaften ein – einer Art marxistisch-leninistischer Politologie – mit 9,1 Prozent (15).

Beim zweiten Studium der ZK-Mitglieder (1946–89) nahm die SED-Parteihochschule mit 21,5 Prozent (14 von 416 bei 351 ohne Angaben/Anwendung) wieder die Spitzenpositon ein, gefolgt vom Wirtschaftsstudium mit 18,5 Prozent (12) und dem Studium in Moskau an der KPdSU-Parteihochschule mit 15,4 Prozent (10).

Nach Rekrutierungsapparaten aufgeschlüsselt hatten die in einer Wirtschaftsposition als ZK-Mitglieder Kooptierten mit 86,7 Prozent (26 von 30) prozentual am häufigsten ein Fachstudium absolviert (vgl. *Tabelle 8*), gefolgt von den Staatsfunktionären unter den ZK-Mitgliedern mit 73,1 Prozent (38 von 52) und den aus einer Parteiposition Rekrutierten mit 41,2 Prozent (56 von 136). Die aus dem Organisationsbereich „Partei" in das Zentralkomitee rekrutierten ZK-Mitglieder hatten auf der einen Seite nicht selten ein Fachstudium absolviert, was Ausdruck dafür ist, daß für die Parteiarbeit politische Überzeugung allein nicht ausreichte, sondern auch Fachwissen erforderlich war. Auf der anderen Seite absolvierten die aus den Organisationsbereichen „Staatliche Exekutive" und „Wirtschaft" in das Zentralkomitee kooptierten Mitglieder häufiger ein Fachstudium als die in das Parteigremium rekrutierten Parteifunktionäre.

Bei den ZK-Kandidaten rangierte unter ULBRICHT mit 18,0 Prozent (18 von 166 bei 66 ohne Angaben/Anwendung) das Ingenieurstudium an erster Stelle beim ersten Studium, gefolgt vom Besuch der SED-Parteihochschule mit 16,0

59 ZIMMERMANN 1988: 240.

Prozent (16) und dem Wirtschaftsstudium mit 13,0 Prozent (13). In den letzten HONECKER-Jahren entfiel auf das Ingenieurstudium mit 20,0 Prozent (11 von 76 bei 21 ohne Angaben/Anwendung) ein etwas größerer prozentualer Anteil. Das häufigste Studienfach beim zweiten Studium war bei den ZK-Kandidaten (1946–89) wiederum die Absolvierung der SED-Parteihochschule mit 25,6 Prozent (10 von 280 bei 241 ohne Angaben/Anwendung).

Von den übrigen Personengruppen sind nur die Ersten Bezirkssekretäre sowie die Partei- und Staatsfunktionäre (1946–89) mit ihren Studienfächern statistisch relevant (vgl. *Tabelle 6*). Für die ersten beiden Gruppen war der Besuch der SED-Parteihochschule mit 50,0 Prozent (17 von 47 bei 13 Ohne Angaben/Anwendung) bzw. 23,3 Prozent (21 von 132 bei 42 ohne Angaben/Anwendung) das häufigste Studienfach, bei den Staatsfunktionären rangierte mit 19,5 Prozent (15 von 104 bei 27 ohne Angaben/Anwendung) das Wirtschaftsstudium an erster Stelle.

Die Parteischulung – manchmal in Form eines zweiten Studiums – ging bei den ZK-Mitgliedern von 39,5 Prozent (47 von 196 bei 77 ohne Angaben/Anwendung) unter ULBRICHT in den letzten HONECKER-Jahren auf 31,7 Prozent (52 von 186 bei 22 ohne Angaben/Anwendung) zurück. 8,1 bis 13,7 Prozent der ZK-Mitglieder absolvierten nicht die Parteihochschule der SED in Berlin, sondern der KPdSU in Moskau. Das Studium an der KPdSU-Parteihochschule in Moskau galt als Auszeichnung. Nur besonders ausgesuchte Kader durften in der Hauptstadt des Weltsozialismus studieren. Eine solche Delegation zum Studium an der Parteihochschule der KPdSU kam einem Freifahrtschein für eine spätere SED-Spitzenkarriere gleich. Der prozentuale Anteil der Absolventen einer Parteihochschule unter den ZK-Mitgliedern blieb also nicht unverändert hoch.

Bei den – verglichen mit den ZK-Mitgliedern – politisch rangniedrigeren ZK-Kandidaten wurde die Parteischulung etwas weniger intensiv betrieben und ging unter HONECKER (alle neuen ZK-Kandidaten von 1971 bis 1989) ebenfalls zurück: von 29,0 Prozent (27 von 166 bei 66 ohne Angaben/Anwendung) auf 16,3 Prozent (14 von 114 bei 28 ohne Angaben/Anwendung).

Die prozentual höchsten Werte für den Parteihochschulbesuch bei einer Mindestfallzahl von 10 wiesen mit 79,4 Prozent (27 von 47 bei 13 ohne Angaben/Anwendung) die Ersten SED-Bezirkssekretäre auf (vgl. *Tabelle 7*), gefolgt von den Politbüro-Kandidaten mit 44,8 Prozent (13 von 41 bei 12 ohne Angaben/Anwendung) und den Parteifunktionären mit 44,4 Prozent (40 von 132 bei 42 ohne Angaben/Anwendung). Entsprechend niedrig war bei den Ersten SED-Bezirkssekretären mit 38,2 Prozent (13) der Prozentsatz von Absolventen eines Fachstudiums.

Der prozentual höchsten Fachstudiumwert war mit 87,6 Prozent (163 von 280 bei 94 ohne Angaben/Anwendung) bei den ZK-Kandidaten festzustellen, gefolgt von den Politbüro-Mitgliedern mit 78,3 Prozent (18 von 41 bei 18

ohne Angaben/Anwendung) und den ZK-Mitgliedern mit 78,2 Prozent (186 von 416 bei 178 ohne Angaben/Anwendung). Beim Fachstudium wurde – im Gegensatz zum Besuch einer Parteihochschule in Berlin oder Moskau – nur das erste Studium herangezogen. Denn es ist statistisch nicht feststellbar, ob der Absolvent eines zweiten Studiums vorher bereits ein Fach studiert oder die Parteihochschule besucht hat. Nur im zweiten Falle wäre er zusätzlich unter „Fachstudium" zu erfassen. Beim Parteistudium kann dagegen immer davon ausgegangen werden, daß nur einmal eine Parteihochschule absolviert wurde. Wenn das erst in einem zweiten Studium geschieht, dann war das erste Studium garantiert ein Fachstudium gewesen. Im übrigen spielte das zweite Studium beim Fachstudium prozentual kaum eine Rolle.

Die Absolvierung einer Parteihochschule sowie eines parteihochschulähnlichen Studiums – ganz gleich ob in einem ersten oder zweiten Studium – erfolgte mit 42,6 Prozent (58 von 136) am häufigsten bei den in Parteifunktionen rekrutierten ZK-Mitgliedern, gefolgt mit 30,8 Prozent (16 von 52) von in staatlichen Exekutivpositionen sowie mit 13,3 Prozent (4 von 30) von in Wirtschaftspositionen Kooptierten. Bei dieser Aufschlüsselung nach den wichtigsten Rekrutierungs- bzw. Kooptationsapparaten wurde unter „Parteischulung" außer der Absolvierung der SED- und der KPdSU-Parteihochschule auch die dem Besuch einer Parteihochschule nahestehenden parteiähnlichen Studienarten wie der Besuch der KPD-Reichsparteihochschule, der FDGB-Zentralschule, der Komsomol-Hochschule und des „Instituts der Roten Professur" sowie das Studium der Gesellschaftswissenschaften mit einbezogen. Diese parteiähnlichen Studienarten wurden nur von wenigen absolviert, aber sie tragen dazu bei, in den Feldern eine Fallzahl über der Mindestfallzahl 10 zu erreichen. Die aus den nicht-politischen Organisationsbereichen „Staatliche Exekutive" und „Wirtschaft" Kooptierten haben also nicht mehrheitlich außer einem Fachstudium auch eine Parteihochschule absolviert, was Ausdruck dafür gewesen wäre, daß die SED nur an ideologisch abgesichertem Fachwissen Bedarf hatte.

3. *Politische Rekrutierung*

Die politische Rekrutierung erfolgte durch den Eintritt in die SED. Obwohl die SED aus der Zwangsvereinigung[60] von SPD und KPD entstanden ist, war die Vertretung der SPD in den ersten SED-Führungsgremien, den vier Parteivorständen von 1946 bis 1950 (vgl. *Tabelle 9*), nicht paritätisch. Der prozentuale Anteil der ehemaligen SPD-Mitglieder unter den Parteivorstandsmitgliedern betrug aber immerhin 40,6 Prozent (39 von 177 bei 21 ohne

60 Vgl. an neuer Literatur zum Begriff „Zwangsvereinigung": BOHL/KRAUS 1990. KRUSCH/MALYCHA 1990. BROSZAT/WEBER 1990. MÜLLER 1991 sowie die Diskussion über diesen Aufsatz in „Deutschland Archiv" 4, 1990, S. 410–417.

Angaben/Anwendung). Wird die Mitgliedschaft auch in anderen Parteien bei den ZK-Mitgliedern von 1946 bis 1989 untersucht, wobei die Mitgliedschaft im SED-Parteivorstand eingeschlossen ist, so ergibt sich: 67,5 Prozent (158 von 416 bei 182 ohne Angaben/Anwendung) gehörten der KPD an, 23,9 Prozent (56) der SPD und 6,0 Prozent (14) der NSDAP. Bei den ZK-Kandidaten gehörten vor der Parteienvereinigung nur 15,2 Prozent (14 von 280 bei 188 ohne Angaben/Anwendung) der SPD an, prozentual etwa ebenso viele wie bei den Partei- und den Staatsfunktionären. Der prozentuale Anteil ehemaliger NSDAP-Mitglieder lag mit 16,3 Prozent (15) sogar leicht über dem ehemaliger SPD-Mitglieder.

Wird die vorherige Mitgliedschaft in anderen Parteien bei den ZK-Mitgliedern hinsichtlich verschiedener Zeitgruppen analysiert, so ist nicht zu übersehen, daß ULBRICHT zahlenmäßig ebensoviele ehemalige SPD-Mitglieder in das Zentralkomitee aufgenommen hat wie HONECKER nach 1971. Bezogen auf die Fallzahl hat sich der prozentuale Anteil ehemaliger SPD-Mitglieder von 8,0 Prozent (10 von 196 bei 71 ohne Angaben/Anwendung) auf 31,3 Prozent (10 von 123 bei 91 ohne Angaben/Anwendung) prozentual fast vervierfacht. Unter HONECKER (1971–89) verdoppelte sich auf diese Weise der Prozentsatz der ehemaligen SPD-Mitglieder auf 15,8 Prozent (18 von 245 bei 131 ohne Angaben). Die Mitglieder der SED-Parteivorstände von 1946 bis 1950 kamen also zu mehr als einem Drittel aus der SPD. In den Zentralkomitees waren ehemaligen SPD-Mitglieder nicht so stark, aber nicht nur marginal vertreten.

Da es sich um politische Aktive handelte, wenn auch für die SED, kann man annehmen, daß sozialdemokratisches Gedankengut nicht völlig von ihnen verdrängt worden ist, denn sie dürften vor der SED-Gründung engagierte SPD-Mitglieder gewesen sein. Diese Prozentwerte sollen nicht überinterpretiert werden. Sie lassen zumindest die Vermutung zu, daß HONECKER ehemalige SPD-Mitglieder nicht bewußt von der ZK-Mitgliedschaft ausgeschlossen hat, vielleicht vor dem Hintergrund seiner Absicht, die Beziehungen zur alten Bundesrepublik Deutschland zu verbessern, die bis 1982 von einer sozialliberalen Koalition geführt wurde.

4. *Karriereverlauf*

Die wichtigsten Organisationsbereiche nach der Häufigkeit der unternommenen Karriereschritte sind die Apparate „Partei“, „Staatliche Exekutive“ und „Wirtschaft“ (vgl. *Tabelle 10*): 60,4 Prozent der Karriereschritte wurden im Parteiapparat unternommen, 36,6 Prozent im Staatsapparat und 25,2 Prozent im Wirtschaftsapparat. Es ist nicht zu übersehen, daß fast zwei Drittel aller Karriereschritte im Parteiapparat vollzogen wurden, aber nur ein Drittel im Staatsapparat und nur ein Viertel im Wirtschaftsapparat. Die ZK-Mitglieder

haben also deutlich mehr Karriereschritte im Partei- als im Staats- oder im Wirtschaftsapparat unternommen.

Anschließend wurden – ausgehend von einer Mindestfallzahl 10, um Zufälligkeiten auszuschließen – die in diesen Organisationsbereichen vollzogenen ersten fünf Karriereschritte analysiert. Der prozentuale Anteil der Karriereschritte ging in allen drei Organisationsbereichen laufend zurück, weil die Differenzierung der Karrieren mit den weiteren Karriereschritten ständig zunahm. Der prozentuale Anteil der Karriereschritte im Staatsapparat blieb zwischen 1,5 bis 5,9 Prozent unter dem des Karriereanteils im Parteiapparat. Der prozentuale Anteil der Karriereschritte im Wirtschaftsapparat lag beim ersten Karriereschritt um ein Drittel unter dem des Staatsapparats. Doch beide Kurven erreichten beim vierten Karriereschritt schon denselben Wert.

Um Aussagen über die Schnelligkeit des Karriereverlaufs machen zu können, wurden die Karriereschritte hinsichtlich ihrer jeweiligen Dauer untersucht. Es wurden wieder die drei wichtigsten Organisationsbereiche „Partei“, „Staatliche Exekutive“ und „Wirtschaft“ sowie zum Vergleich alle „Übrigen“ herangezogen. Dabei fällt auf, daß sich die durchschnittliche Dauer der ersten zehn Karriereschritte zwischen 4,1 bis 4,6 Jahren in den Organisationsbereichen kaum voneinander unterscheidet. Es spielte also, wenn die gesamte Karriere bis zum ZK-Eintritt betrachtet wird, hinsichtlich der Karrieredynamik im Grunde keine Rolle, in welchem Organisationsbereich sich eine Karriere vollzog. Die Karrieren verliefen bei den ZK-Mitgliedern bis zu ihrer Aufnahme in das Elitegremium als Mitglieder bezüglich der durchschnittlichen Dauer der einzelnen Karriereschritte im Parteiapparat nicht schneller als im Staats- oder Wirtschaftsapparat.

Der Wechsel von einer Karriereposition in eine andere geschah allerdings nicht so schnell, sondern erst nach vier Jahren. Die höchste Verweildauer wurde mit 7,8 Jahren in der achten Karriereposition im Wirtschaftsapparat verzeichnet, die durchschnittlich im 30. Berufsjahr erreicht wurde. Die längste Verweildauer weist die Karriere im Staatsapparat mit 5,2 Jahren nach 32,5 Jahren in der neunten Position auf, wenn einmal von der ersten mit sechs Jahren abgesehen wird. Am längsten mit 4,9 Jahren verweilte der Parteifunktionär bereits nach 17,2 Jahren in der fünften Karriereposition. Bei allen übrigen Karriereverläufen war es mit 6,3 Jahren nach 39,8 Jahren die zehnte Karriereposition.

Der erste Karriereschritt ist die erste Ganztagsberufstätigkeit. Diese erste Ganztagsberufstätigkeit als Suche nach einem Organisationsbereich fiel bei allen drei Organisationsbereichen zusammen mit der Phase der formenden Berufserfahrung, denn alle erste Karriereschritte dauerten durchschnittlich länger als drei Jahre. Das bedeutet, daß bereits mit dem ersten Karriereschritt schon die entscheidenden Weichen für den weiteren Karriereverlauf gestellt wurden.

Die ZK-Mitglieder wiesen nicht die reinen Apparatekarrieren auf. Die in einer Parteiposition rekrutierten ZK-Mitglieder unternahmen vor ihrer Aufnahme in das Parteigremium im SED-Apparat nur 40,3 Prozent der 143 Karriereschritte, im Staatsapparat 11,5 Prozent und im Wirtschaftsapparat 10,5 Prozent aller ihrer Karriereschritte (vgl. *Tabelle 11*). Die in einer Staatsposition kooptierten ZK-Mitglieder vollzogen im Staatsapparat 39,9 Prozent ihrer 62 Karriereschritte, im Parteiapparat 17,0 Prozent und im Wirtschaftsapparat 11,8 Prozent. Um die Fallzahl zu erhöhen, war bei dieser Untersuchung „Staat" durch Hinzunahme von weiteren staatlichen Karrierepositionen der Legislative, im Staatsrat und in der Staatsanwaltschaft erweitert worden.

Der Prozentsatz der Karriereschritte, die von den in einer Partei- und in einer Staatlichen Exekutivposition in das ZK als Mitglieder Rekrutierten im jeweils „eigenen" Apparat vollzogen wurden, war mit rund 40 Prozent gleich groß. Auch der prozentuale Anteil der im Wirtschaftsapparat durchlaufenen Karrierepositionen war sowohl beim Partei- als auch beim Staatsapparat mit 10 bis 11 Prozent gleich umfangreich.

Allerdings ist der prozentuale Karriereanteil der Staatsfunktionäre im Parteiapparat um 5,5 Prozent größer als der prozentuale Karriereanteil der Parteifunktionäre im Staatsapparat. Die Staatsfunktionäre hatten ihre Karriere ideologisch stärker abzusichern durch die längere Wahrnehmung von Parteifunktionen als umgekehrt die Parteifunktionäre die Gewinnung von Sachkompetenz durch die Ausübung von staatlichen Tätigkeiten. Es gab also keinen in sich geschlossenen Karrieretyp der ZK-Mitglieder, weder im Partei- noch im Staatsapparat.

Die Karrieren waren bis zur Rekrutierung in das Zentralkomitee als Mitglied in den Apparaten unterschiedlich schnell verlaufen. Die aus einer Parteiposition in das ZK als Mitglieder Rekrutierten hatten durchschnittlich 13,7 Karriereschritte zurückgelegt. Bei den in einer staatlichen Position Kooptierten waren es 14,1 und in einer Wirtschaftsposition 7,8 (vgl. *Tabelle 12*). Während die Karriere im Partei- und im Staatsapparat hinsichtlich der Anzahl der Karriereschritte bis zur Aufnahme in das ZK fast gleich schnell verlaufen ist, vollzog sie sich bei den kooptierten Wirtschaftsfunktionären nur halb so schnell.

5. *Eliterekrutierung*

Die Rekrutierung der ZK-Mitglieder wurde untersucht in Bezug auf ihre Fluktuation, ihre vorherige ZK-Kandidatur, ihr Rekrutierungsalter, ihre Rekrutierung nach Organisationsbereichen sowie nach Funktionsbereichen, nach der hierarchischen Ebene ihrer Rekrutierung bzw. Kooptation sowie nach denjenigen Faktoren, welche die Zugehörigkeit zu diesem hohen Parteigremium bestimmten.

a) *Fluktuation*

ALT untersuchte die Fluktuation, d. h. das Ausscheiden und die Neuaufnahme von ZK-Mitgliedern, unter beiden Generalsekretären. Unter ULBRICHT lag 1954 die Erneuerungsquote – bezogen auf das erste Zentralkomitee von 1950 – bei 63,7 Prozent (58 von 91). Das war die höchste Erneuerungsquote, die je erreicht wurde. Sie war deshalb so hoch, weil 1950 die Einrichtung des Parteivorstandes abgeschafft und – nach sowjetischem Vorbild – das Zentralkomitee eingeführt wurde. Auf dem letzten ULBRICHT-Parteitag 1967 sank die Erneuerungsquote auf 26,0 Prozent (34 von 131).[61] Sie lag damit aber immer noch um zwei Drittel über der Erneuerungsquote auf dem vier Jahre später stattgefundenen ersten HONECKER-Parteitag von 1971 (vgl. *Tabelle 13*). Die personelle Erneuerung der Zentralkomitee-Mitglieder unter SED-Generalsekretär HONECKER hielt sich dagegen in Grenzen. Sie bewegte sich zwischen 14,1 Prozent (19 von 135) auf dem ersten HONECKER-Parteitag 1971 und 22,4 Prozent (35von 156) auf seinem dritten Parteitag 1981. Auf dem letzten HONECKER-Parteitag betrug die Erneuerungsquote 16,4 Prozent (27 von 165).[62]

ADLER beurteilt die geringe Fluktuation folgendermaßen:

> „Daß keine normal funktionierenden Ablösungsmechanismen existieren, Funktionen auf den höchsten Ebenen gewissermaßen lebenslänglich mit der Person verschmolzen (solange man die Spielregeln der Macht einhielt), war eine logische Folge dieser Mechanismen. Diese auf Sicherung der Macht, 'Reinhaltung der Nomenklatur' abzielende Kader- und Rekrutierungspolitik verstärkte zugleich über seine Effekte – Abschottung der oberen Führungsschicht, Verhinderung einer politisch-intellektuellen Leitungselite etc. – die strukturellen Innovationsschwächen dieses Systems und bewirkte somit langfristig Instabilität der Macht."[63]

Wird nicht die ZK-Erneuerung auf den Parteitagen, sondern aus statistischen Gründen – wie in unserer Untersuchung – die Fluktuation jeweils in den fünf Jahren zwischen den Parteitagen mit dem Parteitagsjahr als erstem Jahr des Fünf-Jahresblocks zugrundegelegt, so verändern sich die Prozentsätze geringfügig, weil auch die ZK-Erweiterungen erfaßt werden, die zwischen den Parteitagen stattfinden und die erst beim jeweiligen nächsten Parteitag bestätigt werden. Bei diesem statistischen Verfahren weicht die absolute Zahl aller ZK-Mitglieder von den Parteitagszahlen ab, weil in die Berechnungsgrundlage für die 100 Prozent auch diejenigen ZK-Mitglieder eingehen, die auf dem Parteitag im Frühjahr ausscheiden. Nach diesem Berechnungsverfahren erreichte die personelle Erneuerung des ZK unter HONECKER zwischen 1976 und 1980

61 ALT 1987: 64.
62 ALT 1987: 64. FRICKE 1986: 631.
63 ADLER 1991: 181.

mit 16,0 Prozent (25 von 156) den tiefsten und fünf Jahre später mit 20,1 Prozent (35 von 1974) den höchsten Wert. Die personelle Erneuerungsquote in den letzten HONECKER-Jahren nach 1986 belief sich auf 18,3 Prozent (34 von 186). Die Erneuerungsquote der Zentralkomitee-Mitglieder war also unter HONECKER niedriger als bei den Zentralkomitees unter ULBRICHT und zu niedrig für eine durchgreifende personelle Erneuerung dieses politischen Elitegremiums.

Bei den ZK-Kandidaten war die Fluktuation dagegen unter HONECKER bedeutend größer. Sie betrug zwischen 1971 und 1975 37,5 Prozent (30 von 80), erreichte in den fünf anschließenden Jahren mit 44,2 Prozent (34 von 77) ihren höchsten Wert, ging zwischen 1981 und 1985 auf 30,7 Prozent (23 von 75) zurück und stieg nach 1986 auf 35,5 Prozent (27 von 76) wieder leicht an. Im allgemeinen war die ZK-Kandidatur die erste Station bei der Aufnahme in die zentrale Parteielite. Nur vereinzelt waren ZK-Kandidaten vorher Mitglieder der Zentralen Revisionskommission.

Während – wie später zu zeigen sein wird – der Anteil der neuen ZK-Mitglieder, die vorher eine ZK-Kandidatur durchlaufen haben, relativ hoch war, so daß man bei diesen Personen – politisch betrachtet – eigentlich nicht von einer echten Neuaufnahme in das Zentralkomitee sprechen kann, so ist dieser Begriff dagegen durchaus auf die neuen ZK-Kandidaten anwendbar. Doch die ZK-Kandidaten hatten auf den ZK-Plena kein Stimmrecht und unterlagen nach PUTNAM der „post-recruitment socialization“[64] des Zentralkomitees.

Wird der gesamte HONECKER-Zeitraum von 1971 bis 1989 erfaßt, so ist natürlich die Erneuerungsquote entsprechend hoch (vgl. *Tabelle 14*). Sie erreicht bei den ZK-Mitgliedern mit 50,2 Prozent (123 von 245) aber immer noch nicht den Wert nach den ersten vier ULBRICHT-Jahren 1954. Prozentual die weitestgehende Erneuerung fand mit 81,0 Prozent (17 von 21) bei den Kandidaten der Zentralen Revisionskommission statt, also auf der untersten Stufe beim Aufstieg in die politische Elite der SED und somit der DDR. Sollte der Weg eines ZRK-Kandidaten, was relativ selten der Fall war, weiter nach oben führen, so mußte er erst ZRK-Mitglied und dann ZK-Kandidat werden, um in das Zentralkomitee als Mitglied aufgenommen zu werden. Gelegentlich wurde auch eine Stufe übersprungen, so daß auf die ZRK-Mitgliedschaft gleich die ZK-Mitgliedschaft folgte. Im allgemeinen wurde die ZRK-Kandidatur und ZRK-Mitgliedschaft an Funktionäre vergeben, die einen politisch wichtigen Posten innehatten, der aber nicht so herausgehoben war, daß er mit der ZK-Mitgliedschaft versehen werden mußte. Die hohe Erneuerungsquote der ZRK-Kandidaten ist also politisch nicht so bedeutend. Bei den politisch wichtigeren ZRK-Mitgliedern lag sie mit 63,4 Prozent (33 von 52) schon niedriger.

64 PUTNAM 1976: 213.

Beim Politbüro lagen die Erneuerungsquoten ähnlich unterschiedlich wie beim Zentralkomitee, bei den nicht stimmberechtigten Kandidaten höher als bei den Mitgliedern des obersten Führungsorgans der Partei und des Staates. Bei den Mitgliedern des Politbüros betrug die Fluktuationsrate 56,3 Prozent (18 von 32) und bei den Politbüro-Kandidaten 70,0 Prozent (14 von 20). Die Erneuerungsquote bei den hauptberuflichen SED-Spitzenfunktionären war mit 61,1 Prozent (11 von 18) auf der zentralen Ebene der ZK-Sekretäre deutlich höher als mit 48,3 Prozent (14 von 29) auf der regionalen Ebene der Ersten SED-Bezirkssekretäre. Auf der Bezirksebene war erstaunlicherweise eine noch größere personelle Stagnation als auf der zentralen Ebene. Dagegen sind nur geringe Unterschiede hinsichtlich der Fluktuation bei den Partei- und den Staatsfunktionären festzustellen: Die Parteifunktionäre wurden in 18 Jahren zu 56,5 Prozent (48 von 85) und die Staatsfunktionäre zu 59,4 Prozent (41 von 69) personell erneuert. Wird die Mindestfallzahl von 10 zugrundegelegt, so sind für die letzten HONECKER-Jahre 1986 bis 1989 nur die bereits oben wiedergegebenen Fluktuationsraten des Zentralkomitees statistisch verwertbar.

Ein anderer Indikator für die personelle Stagnation im Zentralkomitee ist die durchschnittliche Verweildauer der ZK-Mitglieder in diesem Elitegremium. Sie betrug 9,4 Jahre und umfaßte damit den Zeitraum von fast zwei Parteitagen. Erst beim übernächsten Parteitag schied durchschnittlich das Mitglied aus dem Zentralkomitee aus. Die durchschnittliche lange Verweildauer von 9,4 Jahren der Mitglieder im Zentralkomitee war Ausdruck für den geringen Willen der SED-Führung zur personellen Erneuerung des Elitegremiums.

b) *Vorherige Kandidatur für SED-Gremien*

Die Vorstufe zur ZK-Mitgliedschaft ist die ZK-Kandidatur. Die ZK-Kandidaten nahmen an den ZK-Sitzungen teil, konnten sich dort äußern, aber nicht mit abstimmen. Eine Öffnung des Zentralkomitees war eher vorhanden, wenn die neuen ZK-Mitglieder nicht vorher dem Zentralkomitee als Kandidat angehört haben. Nach ADLER waren wesentliche Funktionen dieser „Eigenproduktion" die „weitgehende Garantie, daß 'neue' Führungskräfte über die wichtige soziale Qualifikation verfügten: sie hatten die Normen des Apparats, seinen 'Korpsgeist' und das elitäre Sendungsbewußtsein verinnerlicht". Er fuhr fort:

> „Wer in eine bestimmte Position aufrücken wollte oder sollte, mußte in aller Regel das persönliche Vertrauen des Vorgesetzten, (bzw. des Vorgängers) haben, der wiederum seine eigene Machtposition damit sicherte und erweiterte. Das führte u. a. dazu, daß 'aufstiegswillige Kader' sich den

Vorstellungen der Väter- und Großvätergeneration anpaßten – die 'Neuen' waren somit oftmals bereits die 'Alten'."[65]

Tatsächlich verdoppelte sich der prozentuale Anteil von ZK-Kandidaten an den neuen ZK-Mitgliedern unter HONECKER. Unter ULBRICHT gehörten nur 27,2 Prozent (46 von 196 bei 27 ohne Angaben/Anwendung) vorher dem ZK als Kandidat an, bei den von HONECKER in das Zentralkomitee als Mitglieder Aufgenommenen waren es 56,4 Prozent (57 von 123 bei 22 ohne Angaben/Anwendung).

Den höchsten Wert unter HONECKER erreichte der Prozentsatz vorheriger ZK-Kandidaten unter den späteren ZK-Mitgliedern mit 73,7 Prozent (14 von 25 bei 6 ohne Angaben/Anwendung) auf dem zweiten HONECKER-Parteitag 1976. In den letzten HONECKER-Jahren von 1986 bis 1989 bewegte sich der Prozentsatz an ehemaligen ZK-Kandidaten unter den neuen ZK-Mitgliedern immerhin noch bei 53,8 Prozent (14 von 34 bei 8 ohne Angaben/Anwendung).

Mehr als die Hälfte der neuen Mitglieder, die HONECKER nach 1986 in das Zentralkomitee aufgenommen hat, gehörte ihm bereits vorher als Kandidat an. Die ehemaligen ZK-Kandidaten unter den neuen ZK-Mitgliedern hatten bereits als Kandidaten die politischen Entscheidungen des Zentralkomitees mitgetragen. Von ihnen war kaum zu erwarten, daß sie diese als Mitglieder wieder umstoßen würden.

Bei den ZK-Mitgliedern spielte nur die vorherige Kandidatur im Zentralkomitee eine Rolle. Eine Mitgliedschaft in der Zentralen Revisionskommission, die in der politischen Bedeutung nur geringfügig unter der ZK-Kandidatur lag, war praktisch ohne Bedeutung. Die Fallzahl lag unter 10 und ist daher statistisch gesehen nicht von Bedeutung, da diese niedrigen Werte auch zufällig zustandegekommen sein könnten.

Beim Politbüro war eine vorherige Kandidatur der späteren Mitglieder in diesem Führungsgremium deutlich häufiger anzutreffen als bei den ZK-Mitgliedern eine vorherige ZK-Kandidatur. Es begann bereits unter ULBRICHT mit 58,8 Prozent (10 von 17) – einem Wert, der beim Zentralkomitee erst in den letzten Jahren unter HONECKER nur annähernd erreicht wurde. Nach dem letzten SED-Parteitag stieg der prozentuale Anteil der vorherigen Politbüro-Kandidaten an den Politbüro-Mitgliedern nach 1986 auf 81,8 Prozent (18 von 22), was Ausdruck einer völligen politischen Sozialisation der Politbüro-Mitglieder ist.

Eine Aufschlüsselung der vorherigen ZK-Kandidatur vor der ZK-Mitgliedschaft nach Rekrutierungsapparaten und nach hierarchischen Ebenen analysiert, ergibt eine stärkere Differenzierung der vorherigen ZK-Kandidatur. Den höchsten Prozentsatz an Kandidaten vor der Mitgliedschaft im Zentralkomitee

65 ADLER 1991: 180.

wiesen mit 42,9 Prozent (21 von 49) die in einer staatlichen Exekutivposition in das Zentralkomitee Kooptierten auf (vgl. *Tabelle 15*). Bei den in einer Parteifunktion Rekrutierten lag mit 32,5 Prozent (41 von 126) dieser Prozentsatz deutlich niedriger. Zwischen beiden Apparaten rangierte mit 38,5 Prozent die Kandidaturrate für die Wirtschaftsvertreter unter den ZK-Mitgliedern. Die in einer Wirtschaftsposition Kooptierten wiesen erstaunlicherweise ebenfalls eine relativ geringe ZK-Kandidaturquote auf. Sie ist wohl so zu erklären, daß relativ wenig Wirtschaftsfunktionäre erst in hohen Wirtschaftspositionen zum ZK-Mitglied aufstiegen, daß sie aber dann als Fachleute sofort benötigt wurden und man auf die umständliche ZK-Kandidatur meinte verzichten zu können.

Die kooptierten Spezialisten mußten sich in stärkerem Maße einer Bewährung vor dem Aufstieg zum Zentralkomitee-Mitglied durch die Kandidatur zum Zentralkomitee unterwerfen als die aus einer Parteifunktion Rekrutierten. Die Parteifunktionäre dagegen schafften häufiger als die Spezialisten den direkten Zugang zur ZK-Mitgliedschaft ohne die Zwischenstufe der ZK-Kandidatur. Die aus einer Parteiposition in das Zentralkomitee rekrutierten Mitglieder haben also prozentual weniger häufig vorher eine ZK-Kandidatur absolviert als die kooptierten Spezialisten, was Ausdruck dafür ist, daß Parteifunktionäre häufiger die ZK-Mitgliedschaft auf direktem Wege erreichen konnten.

Vor der Aufnahme in das Zentralkomitee als Mitglied kandidierten mit 40,5 Prozent (15 von 37) für dieses Parteigremium vorher am häufigsten diejenigen, die in einer Basisposition rekrutiert wurden (vgl. *Tabelle 16*). Wer aus einer zentralen Position zum ZK-Mitglied berufen wurde, war vorher zu 38,8 Prozent (66 von 100) ZK-Kandidat, und wer aus einer Bezirksposition zum ZK-Mitglied aufstieg, wies zu 35,7 Prozent (15 von 42) eine vorherige ZK-Kandidatur auf. Die Rekrutierung aus einer Basisposition erforderte häufiger die Vorbereitung der ZK-Mitgliedschaft durch eine ZK-Kandidatur als wenn der Aufstieg zum ZK-Mitglied in einer Karriereposition erfolgte, die hierarchisch höher angesiedelt war. Die Rekrutierung aus einer Basisposition erforderte also häufiger die Vorbereitung der ZK-Mitgliedschaft durch eine ZK-Kandidatur als der Aufstieg zum ZK-Mitglied aus einer hierarchisch höher angesiedelten Karriereposition.

c) *Rekrutierungsalter*

Das durchschnittliche Alter, in dem die Rekrutierung zum ZK-Mitglied erfolgte, belief sich auf 47 Jahre (vgl. *Tabelle 17*). Es divergierte um drei Jahre bezüglich der wichtigsten Organisationsbereiche, in denen die Funktionäre in das Parteigremium aufgenommen wurden. Für den Organisationsbereich „Partei“ betrug das durchschnittliche Rekrutierungsalter 47 Jahre, für den

Organisationsbereich „Staatliche Exekutive“ 49 Jahre und für den Organisationsbereich „Wirtschaft“ 46 Jahre.

In einer Karriereposition im Organisationsbereich „Wirtschaft“ erfolgte die Berufung zum ZK-Mitglied durchschnittlich um ein Jahr früher als aus einer Parteiposition. Dagegen wurde ein Staatsfunktionär um durchschnittlich zwei Jahre später ZK-Mitglied als ein Parteifunktionär. Wirtschaftsfunktionäre konnten nur in denjenigen Karrierepositionen in das Zentralkomitee aufsteigen, die wirtschaftsstrategisch von Bedeutung waren. Ihren Sachverstand benötigte die SED, weswegen die Weichen für eine ZK-Mitgliedschaft relativ früh gestellt wurden. Die ZK-Rekrutierung aus einer Karriereposition im Organisationsbereich „Partei“ erfolgte also in einem durchschnittlich jüngeren Alter als die Kooptation aus einer Spezialistenposition der Organisationsbereiche „Staatliche Exekutive“, nicht „Wirtschaft“.

d) *Organisationsbereiche*

Auskunft über die Offenheit des Zugangs zur politischen Elite gibt die Untersuchung der Apparate, aus denen diese neuen Mitglieder rekrutiert werden. Der Rekrutierungsgrad der neuen ZK-Mitglieder, d. h. die Berufung von neuen ZK-Mitgliedern aus dem Parteiapparat, betrug bei den ZK-Mitgliedern 41,8 Prozent (143 von 416 bei 74 ohne Angaben/Anwendung; vgl. *Tabelle 18*). Die ZKs unter ULBRICHT und HONECKER unterscheiden sich bei der Rekrutierung mit 41,0 Prozent (71 von 196 bei 23 ohne Angaben/Anwendung) bzw. 41,3 Prozent (97 von 245 bei 10 ohne Angaben/Anwendung) kaum. Unter HONECKER erhöhte sich der Rekrutierungsanteil bei den von ihm aufgenommenen ZK-Mitgliedern zwischen 1981 bis 1985 auf 50,0 Prozent (17 von 35 bei 1 ohne Angaben/Anwendung). In den letzten HONECKER-Jahren von 1986 bis 1989 halbierte sich der Rekrutierungsgrad dann auf 29,4 Prozent (10 von 34).

Auch der Grad der Kooptation von Spezialistenelite aus den Organisationsbereichen „Staatliche Exekutive“ und „Wirtschaft“ veränderte sich im Lauf der Jahre nur geringfügig: Aus dem staatlichen Exekutivapparat wurden von 1946 bis 1989 16,1 Prozent (55) Personen in das ZK aufgenommen. Mit 15,6 Prozent (27) unter ULBRICHT und mit 16,6 Prozent (39) unter HONECKER ist die Differenz in den Zentralkomitees unter den beiden Parteiführern gering. In den letzten HONECKER-Jahren nach 1986 blieb der prozentuale Anteil der Staatsfunktionäre an den Zentralkomitee-Mitgliedern mit 15,9 Prozent (29 von 186 bei 4 ohne Angaben/Anwendung) praktisch unverändert.

Der dritthäufigste Organisationsbereich, aus dem kooptiert wurde, war die Wirtschaft: Von 1946 bis 1989 betrug der Kooptationsgrad 9,9 Prozent (34). Mit 12,1 Prozent (21) war er unter ULBRICHT etwas höher als mit 9,8 Prozent (23) unter HONECKER. In der Schlußphase HONECKER sank

der Kooptationssanteil der Wirtschaftsfunktionäre auf 7,1 Prozent (13). Die prozentual nicht mehrheitliche Kooptation von Spezialistenelite der beiden wichtigsten Nicht-Partei-Apparate „Wirtschaft“ und „Staatliche Exekutive“ in die politische Elite der DDR in Form ihrer Aufnahme als Mitglieder in die verschiedenen Zentralkomitees ist Ausdruck dafür, daß in der DDR kein kooptatives Führungssystem bestand. Im Lauf der Jahre wurden auch nicht mehr, sondern weniger Spezialisten, vor allem aus den Organisationsbereichen „Staatliche Exekutive“ und „Wirtschaft“, als ZK-Mitglieder kooptiert, was Ausdruck dafür ist, daß die SED nicht in zunehmendem Maße Fachwissen nutzen wollte.

Der Kooptationsgrad (100 Prozent minus Rekrutierung aus dem Parteiapparat) der neuen ZK-Mitglieder nahm unter HONECKER bei den neuen ZK-Mitgliedern von 1986 bis 1989 auf 70,6 Prozent zu. Das minderte aber nur wenig den Kooptationsgrad in bezug auf das gesamte Zentralkomitee. Er blieb 1986 mit 57,1 Prozent fast unverändert. Der ehemalige Mitarbeiter des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, ADLER, faßte diese Entwicklung folgendermaßen zusammen:

> „Dominantes Merkmal der personellen Reproduktion der herrschenden Gruppe war ein hohes Maß an Selbstrekrutierung. Die Aufstiegskriterien und Aufstiegswege waren ausschließlich von ihr selbst fixiert; ein offener Wettbewerb ausgeschlossen.“[66]

Bei den ZK-Kandidaten war eine etwas größere Offenheit bei der Rekrutierung festzustellen als bei den ZK-Mitgliedern. Der Anteil der in einer Parteiposition Rekrutierten lag mit 36,7 Prozent (88 von 280 bei 40 ohne Angaben/Anwendung) um 5,1 Prozent unter dem der ZK-Mitglieder. Der Ausgleich erfolgte bei der Rekrutierung aus Wirtschaftspositionen. Er lag mit 14,2 Prozent um 4,3 Prozent über dem entsprechenden Prozentsatz der ZK-Mitglieder von 9,9 Prozent. Der Kooptationsanteil der Staatsfunktionäre war mit 16,7 Prozent (40) bei den ZK-Kandidaten nur geringfügig höher als bei den ZK-Mitgliedern mit 16,1 Prozent.

Unter HONECKER lag der Rekrutierungsanteil der Parteifunktionäre mit 30,1 Prozent (44 von 164 bei 18 ohne Angaben/Anwendung) 12,2 Prozent unter dem entsprechenden Wert der ULBRICHT-Zeit von 42,3 Prozent (58 von 166 bei 29 ohne Angaben/Anwendung). Bei den Staatsfunktionären dagegen war ihr Anteil mit 18,5 Prozent (27) um 2,4 Prozent höher als unter ULBRICHT mit 16,1 Prozent (22). Auch bei den Wirtschaftsfunktionären erhöhte sich der Kooptationsanteil unter HONECKER auf 16,4 (24), 4,7 Prozent über dem ULBRICHT-Wert von 11,7 Prozent (16).

Unter HONECKER nahm der Prozentsatz der Parteirekrutierungen für die Jahre 1986 bis 1989 bis auf 24,6 Prozent (17 von 76 bei 7 ohne Angaben/

66 ADLER 1991: 180.

Anwendung) ab. Statt dessen stieg der Anteil der Rekrutierungen aus dem Staatsapparat auf 19,0 Prozent (12) und bei den Wirtschaftsfunktionären sogar auf 22,2 Prozent (14). Er lag damit um 4,3 Prozent bzw. sogar um 10,4 Prozent über dem der ZK-Mitglieder. Im Lauf der Jahre nahm also der Kooptationsgrad der ZK-Kandidaten zu.

Werden bei entsprechender Fallzahl die Rekrutierungsapparate bei den Mitgliedern und Kandidaten der Zentralen Revisionskommission sowie des Politbüros analysiert, so weisen die Politbüro-Mitglieder mit 75,6 Prozent (31 von 41) den höchsten Prozentsatz an Rekrutierungen aus dem Parteiapparat auf, gefolgt von den Politbüro-Kandidaten mit 68,3 Prozent (28 von 41). Niedriger als beim Politbüro, aber höher als beim Zentralkomitee lagen die entsprechenden Werte bei der Zentralen Revisionskommission: 52,5 Prozent (31 von 81 bei 22 ohne Angaben/Anwendung) bei ihren Mitgliedern und 44,0 Prozent (11 von 39 bei 14 ohne Angaben/Anwendung) bei ihren Kandidaten. Die Mitglieder des Parteivorstandes – der Vorläufer des Zentralkomitees – wiesen mit 53,1 Prozent (26 von 97 bei 48 ohne Angaben/Anwendung) ebenfalls einen höheren Wert als das spätere Zentralkomitee und die Zentrale Revisionskommission auf. Das Politbüro war das am wenigsten offene Organ, das vergleichsweise offenste Gremium das Zentralkomitee, dabei besonders die ZK-Mitgliedschaft.

e) *Rekrutierungsebenen*

Den Fallzahlen nach sind die Basisebene, die Bezirksebene und die zentrale Ebene die drei wichtigsten hierarchischen Ebenen bei der ZK-Rekrutierung. Die Länder waren 1952 aufgelöst worden und wurden erst nach der Wiedervereinigung Deutschlands Ende 1990 wieder gebildet. Als Ersatz für die Länder wurden in dem zentralistischen Einheitsstaat die kleineren Bezirke als nächste hierarchische Ebene unterhalb der zentralen Ebene eingerichtet.

Mehrheitlich wurden die neuen ZK-Mitglieder auf der zentralen Ebene rekrutiert: unter ULBRICHT zu 59,2 Prozent (100 von 196 bei 27 ohne Angaben/Anwendung), unter HONECKER zu 69,4 Prozent (77 von 123 bei 12 ohne Angaben/Anwendung). Dieser Durchschnittswert unter HONECKER ergibt aufgeschlüsselt nach Zeitgruppen eine Steigerung bis zu 79,3 Prozent (23 von 34 bei 5 ohne Angaben/Anwendung) für die letzten HONECKER-Jahre nach 1986 (vgl. *Tabelle 19*). Der Rückgriff auf Positionsinhaber der zentralen Ebene, die den Alltagsproblemen noch weiter enthoben ist als die Bezirksebene, nahm bei der Rekrutierung neuer ZK-Mitglieder unter HONECKER ständig zu.

Die zweithäufigste Rekrutierungsebene war unter ULBRICHT die Bezirksebene mit 19,5 Prozent (33), gefolgt von der Basisebene mit 13,0 Prozent (22). Unter HONECKER tauschten diese beiden Rekrutierungsebenen ihre

Plätze: An zweiter Stelle rangierte mit 14,4 Prozent (16) die Basisebene, gefolgt von der Bezirksebene mit 10,8 Prozent (12).

Bei der Rekrutierungsebene unterscheiden sich die ZK-Kandidaten von den ZK-Mitgliedern insofern, als die zentrale als die häufigste Rekrutierungsebene etwa um 8,8 Prozent unter den entsprechenden Werten bei den ZK-Mitgliedern liegt. Bezogen auf die von HONECKER als Kandidaten in das ZK neu Aufgenommen, sind es sogar 23,0 Prozent. Während bei den ZK-Mitgliedern mit 14,0 Prozent (46 von 416 bei 87 ohne Angaben/Anwendung) die Bezirksebene die zweithäufigste Rekrutierungsebene war, ist es bei den ZK-Kandidaten mit 25,7 Prozent (59 von 280 bei 50 ohne Angaben/Anwendung) die Basisebene mit einem deutlicheren Profil. Entsprechend rückte bei den ZK-Kandidaten mit 16,1 Prozent (37) die Bezirksebene an die dritte Stelle.

Die neuen von HONECKER in das Zentralkomitee aufgenommenen Kandidaten wurden zu 32,0 Prozent (31) mit doppelter Häufigkeit auf der Basisebene rekrutiert als die ZK-Mitglieder mit 14,4 Prozent. Das Rekrutierungsmuster blieb auch beim letzten Zentralkomitee von 1986 erhalten: Ein Drittel weniger ZK-Kandidaten wurden auf der zentralen Ebene rekrutiert, dafür viermal mehr auf der Basisebene – jeweils verglichen mit den ZK-Mitgliedern. Die politisch etwas rangniedrigeren ZK-Kandidaten wurden weniger häufig von der zentralen und dafür mehr von der Basisebene rekrutiert.

Entsprechend der größeren Macht des Politbüros wurden mit 73,2 Prozent (30 von 41) deutlich mehr Politbüro-Mitglieder auf der zentralen Ebene rekrutiert als ZK-Mitglieder (vgl. *Tabelle 20*). Innerhalb des Politbüros lag der zentrale Rekrutierungsprozentsatz 4,9 Prozent über dem der Politbüro-Kandidaten mit 68,3 Prozent (28 von 41). Unter HONECKER gingen die Werte für die zentrale Rekrutierungsebene etwas zurück: bei den Politbüro-Mitgliedern auf 72,2 Prozent (13 von 18) und bei den Politbüro-Kandidaten auf 57,1 Prozent (8 von 14). Der Abstand der Werte zwischen den Mitgliedern und den Kandidaten blieb über die Jahre immer annähernd gleich groß. Nur in den letzten HONECKER-Jahren öffnete sich die Schere etwas.

Wird die Zentrale Revisionskommission in die Analyse mit einbezogen, so fällt der hohe Wert der zentralen Rekrutierung von 85,7 Prozent (24 von 39 bei 11 ohne Angaben/Anwendung) bei ihren Kandidaten auf, der höchste überhaupt. Die Mitglieder der Zentralen Revisionskommission wiesen mit 79,0 Prozent (49 von 81 bei 19 ohne Angaben/Anwendung) den zweithöchsten zentralen Rekrutierungsgrad auf.

Eine Aufschlüsselung der Rekrutierungsebenen nach Organisationsbereichen (vgl. *Tabelle 21*) ergibt, daß die Parteifunktionäre am häufigsten mit 44,2 Prozent (61 von 138) in zentralen Positionen in das Zentralkomitee als Mitglieder aufgenommen wurden. Die zweithäufigste Rekrutierung erfolgte mit 28,3 Prozent (39) aus Positionen auf der Bezirksebene. Werden diesem Wert die Prozentzahlen der Länderebene addiert, dann erreicht die nächste hierarchische

Ebene unterhalb der zentralen Ebene einen prozentualen Rekrutierungsanteil von 38,4 Prozent (53).

Bei der Rekrutierung aus einer staatlichen Exekutivposition dominierte eindeutig die zentrale Ebene mit 78,8 Prozent (41 von 52). Während in einer Parteiposition der Zugang zum Zentralkomitee prozentual zu einem Drittel schon in einer Position unterhalb der zentralen Ebene eröffnet wurde, mußten die Inhaber von wichtigen staatlichen Exekutivpositionen häufiger auf die ZK-Mitgliedschaft warten, bis sie eine zentrale Position erreicht haben.

Bei der Kooption von ZK-Mitgliedern aus der Wirtschaft lagen die Relationen ganz anders: 68,8 Prozent (22 von 32) wurden in einer Basisposition in das Zentralkomitee berufen und 25,0 Prozent (8 von 32) in einer zentralen Position. Wenn auch der Anteil der Wirtschaftsvertreter an den neuen ZK-Mitgliedern zu knapp zehn Prozent erst an dritter Stelle rangierte, so wurden diese Fachleute, auf deren Sachverstand das Parteigremium nicht verzichten wollte, dann allerdings sehr schnell schon auf der untersten hierarchischen Ebene rekrutiert, zu der die Positionen eines Generaldirektors oder Betriebsmanagers gehörten. Auf den höheren hierarchischen Ebenen gab es weniger eigentliche Wirtschaftspositionen, weil die auf diesen Ebenen angesiedelten Wirtschaftspositionen mehr die administrative Wirtschaftsleitung zur Aufgabe haben, die im Rahmen der staatlichen Exekutive erfolgte.

Die Parteifunktionäre wurden mehrheitlich auf einer hierarchisch niedrigeren Ebene in das Zentralkomitee als Mitglieder berufen. Sie stiegen also aufgrund ihrer Parteitätigkeit früher in die politische Elite auf als die Vertreter des Organisationsbereichs „Staatliche Exekutive“. Während die Kreisebene bei der ZK-Rekrutierung praktisch keine Rolle spielte, kann bei den anderen drei Ebenen folgende Schematisierung nach Häufigkeit vorgenommen werden: örtliche Ebene: Kooptation aus Wirtschaftspositionen, Bezirksebene: Rekrutierung aus Parteipositionen, zentrale Ebene: Kooptation aus staatlicher Exekutivposition sowie – an zweiter Stelle – Rekrutierung aus Parteiposition.

Die ZK-Kandidaten unterschieden sich bei den Rekrutierungs- und Kooptationsapparaten hinsichtlich der Rekrutierungsebenen kaum von den Prozentsätzen der ZK-Mitglieder (vgl. *Tabelle 21*). Allerdings spielte bei der Rekrutierung aus einer Parteiposition die regionale Ebene (Ort und Kreis) mit 14,1 Prozent (12 von 85) eine größere Rolle als bei den ZK-Mitgliedern. Während bei den ZK-Kandidaten die Rekrutierung in einer zentralen Parteiposition 4,2 Prozent unter den Werten der ZK-Mitglieder lag, bewegte sie sich bei der Kooptation aus einer zentralen Staatsposition mit 5,8 Prozent über den entsprechenden Werten der ZK-Mitglieder. Ähnlich deutlich war die Profilierung der ZK-Kandidaten bei der Kooptation in einer Basisposition bei den Wirtschaftsfunktionären: 12,9 Prozent über den Werten der ZK-Mitglieder.

f) *Funktionsbereiche*

Wird die Rekrutierung der ZK-Mitglieder in den drei wichtigsten Organisationsbereichen (= Apparaten) „Partei", „Staatliche Exekutive" und „Wirtschaft" hinsichtlich des Funktionsbereichs untersucht, für den sie zuständig waren, so ergibt sich, daß Organisationsbereiche und Funktionsbereiche bei den ZK-Mitgliedern nicht immer identisch waren. Die SED-Funktionäre unter den ZK-Mitgliedern waren zu 85,3 Prozent (93 von 109) im Funktionsbereich „Partei" und zu 14,7 Prozent (16 von 109) im Funktionsbereich „Wirtschaft" tätig. Von den Funktionären der staatlichen Exekutive unter den ZK-Mitgliedern waren im Funktionsbereich „Staat" sogar nur 34,3 Prozent (12 von 35) eingesetzt, aber 65,7 Prozent (23 von 35) im Funktionsbereich „Wirtschaft". Bei den Wirtschaftsfunktionären waren – nicht anders zu erwarten – alle auch im Funktionsbereich „Wirtschaft" tätig.

Wird der Funktionsbereich „Wirtschaft" umgekehrt hinsichtlich der Organisationsbereiche analysiert, so ergibt sich, daß in der Wirtschaft fast zur Hälfte (45,9 Prozent oder 39 von 85) wirtschaftsfremde Funktionäre aus dem Partei- (18,8 Prozent) und dem Regierungsapparat (27,1 Prozent) tätig waren, was Ausdruck der administrativen Wirtschaftslenkung war und zugleich die Bedeutung von Partei und Regierung als wichtige Wirtschaftslenkungsapparate dokumentiert. Die in einer Parteifunktion rekrutierten ZK-Mitglieder waren also nicht nur marginal für parteifremde Funktionsbereiche zuständig, was Ausdruck dafür ist, daß die SED ihre führende Rolle in der DDR nicht nur politisch, sondern unmittelbar wirtschaftsleitend wahrnahm.

Ein ähnliches Profil ergibt sich bei der entsprechenden Analyse für die ZK-Kandidaten. Es wird nur beim Organisationsbereich „Partei" etwas abgeschwächt bezüglich der Tätigkeit im Funktionsbereich „Partei", die nur 72,5 Prozent (50 von 69) betrug, zugunsten einer stärkeren Zuständigkeit für die Wirtschaft mit 27,5 Prozent (19). Die Wahrnehmung von parteifremden administrativen Aufgaben durch Parteifunktionäre im Zentralkomitee zu einem Siebentel seiner Mitglieder und einem Viertel seiner Kandidaten ist nicht zu übersehen.

6. *Bestimmungsfaktoren der ZK-Mitgliedschaft*

Um diejenigen Faktoren ermitteln zu können, die für das Erreichen der ZK-Mitgliedschaft bestimmend waren, wurde eine Faktorenanalyse durchgeführt. Mittels der Faktorenanalyse werden Variablen auf der Grundlage ihrer Korrelationen in voneinander unabhängige Gruppen von Variablen zu sogenannten Faktoren zusammengefaßt. Die Faktorenanalyse geht von der Korrelation (= Zusammenhang) zwischen jeweils zwei Variablen aus und nimmt an, daß sich eine größere Zahl von Variablen auf wenige Faktoren reduzieren läßt. Können

Faktoren extrahiert werden, werden wesentliche Zusammenhänge erkennbar, die aus der Vielzahl von einzelnen Korrelationen nicht ablesbar sind. Es gilt der Grundsatz, daß weniger Faktoren extrahiert werden als Variablen vorhanden sind, da sonst kein Erkenntnisfortschritt zu erreichen ist.

Die Variablen in einer Faktorenanalyse kann man sich als Punkte in einem mehrdimensionalen Koordinatensystem vorstellen. Die Variablen in diesem Raum werden definiert durch die Faktorenladungen. Faktoren werden dadurch gebildet, indem man grafisch und rechnerisch versucht, durch die Punktwolke (= Faktorenladungen) Achsen dergestalt zu legen, daß möglichst wenige Achsen möglichst vielen Punkten nahekommen. Auf diese diskriminative Weise werden die einzelnen Faktoren möglichst deutlich voneinander abgegrenzt. Eine Variable hat für einen Faktor eine große Bedeutung, wenn ihr Plot-Punkt möglichst nahe an einer Achse und zugleich möglichst weit vom Ursprung (0-Punkt) entfernt liegt.

Für die Faktorenanalyse wurden die Biographien aller ZK-Mitglieder herangezogen. Alle Variablen wurden daraufhin geprüft, inwieweit sie für eine Faktorenanalyse geeignet sind. Es blieben nur noch folgende Variablen übrig: Geburtsjahr (BIRTH), Bildungsniveau (SCHULE), frühere Parteimitgliedschaft (MEMPTY), Aufnahmejahr als ZK-Mitglied (BGYRCCM1), Organisationsbereich der Rekrutierungsposition zum ZK-Mitglied (CCMCAR1), Funktionsbereich der Rekrutierungsposition zum ZK-Mitglied (CCMFUNC1), frühere ZK-Kandidatur (CCMEMBR), Anteil der Parteikarriere an der Gesamtkarriere bis zur Rekrutierung zum ZK-Mitglied (ANT1), Anteil der Wirtschaftskarriere an der Gesamtkarriere bis zur Rekrutierung zum ZK-Mitglied (ANT3).

Es konnten drei Faktoren extrahiert werden (vgl. *Tabelle 22*). Der erste Faktor wird durch die vier Variablen BIRTH, SCHULE, BGYRCCM1 und CCMEMBR bestimmt. Den zweiten Faktor definieren die drei Variablen MEMPTY, CCMCAR1 und ANT1. Den dritten Faktor legen die Variablen CCMFUNC1 und ANT3 fest. Diese drei Faktoren können inhaltlich folgendermaßen interpretiert werden: Der erste Faktor kann als der Karrierefaktor bezeichnet werden, denn ihn bestimmen Alters- und Bildungs- und Karrierevariablen. Alter (Variablen BIRTH und BGYRCCM1) und Bildung (Variable SCHULE) sind wichtige Karrierevoraussetzungen. Für die Karriere steht die Variable CCMEMBR. Das negative Vorzeichen bei der Faktorenladung von CCMEMBR bedeutet, daß diejenige Ausprägung von Bedeutung ist, die einen möglichst kleinen Wert hat: Die Ausprägung 1 stand bei CCMEMBR für die vorherige ZK-Kandidatur. Karrieremäßig von Gewicht war demnach der sofortige Zugang zur ZK-Mitgliedschaft ohne vorherige ZK-Kandidatur.

Der zweite Faktor läßt sich als Parteifaktor erklären: MEMPTY steht für eine frühere KPD-Mitgliedschaft, CCMCAR1 für eine Rekrutierung aus einer Karriereposition im Organisationsbereich „Partei“ und ANT1 für einen hohen Anteil der Parteikarriere an der Gesamtkarriere vor dem Aufstieg

zum ZK-Mitglied. Der negative Wert von ANT1 bedeutet, daß es wiederum hauptsächlich um die Ausprägung 1 geht, die für „Parteiapparat“ steht.

Der dritte Faktor kann als Fachfaktor bezeichnet werden: CCMFUNC1 bedeutet Fachtätigkeit, denn der Funktionsbereich, für den CCMFUNC1 steht, umfaßte nicht nur „Parteiarbeit“, sondern im Sinne der Parteiaufsicht eine Reihe von Fachbereichen. ANT3 drückt den Anteil der Wirtschaftskarriere an der Gesamtkarriere vor der Rekrutierung zum ZK-Mitglied aus.

Für die ZK-Mitgliedschaft waren demzufolge drei Faktoren maßgebend: erstens Karrierestreben (29,7 Prozent Aufklärung), zweitens Parteilichkeit (19,6 Prozent Aufklärung) und drittens Fachkompetenz (11,8 Prozent). Am wichtigsten für eine ZK-Mitgliedschaft war nicht Fachwissen, nicht einmal Parteilichkeit und Linientreue, sondern das Karrierestreben an sich, das primär nicht nach den politischen Inhalten der Karriere fragt, sondern danach, wie schnell sie nach oben führt. Auf der anderen Seite besagt die Extrahierung des Fachfaktors, daß für die ZK-Mitgliedschaft Karrierestreben und Parteilichkeit allein nicht ausreichten, sondern daß auch ein gewisses Maß an Fachkompetenz notwendig war.

Die restlichen 39,0 Prozent Gesamtvarianz, die durch die extrahierten Faktoren nicht aufgeklärt werden konnten, bedeuten, daß die Vielzahl der Variablen sich nicht auf weitere Faktoren reduzieren ließ. Für die ZK-Mitgliedschaft waren die drei oben genannten Faktoren – und nur diese – in unterschiedlichem Ausmaß die bestimmenden Faktoren.

Die Korrelation der Faktoren untereinander drückt aus, daß es bei diesen Faktoren einen gewissen Zusammenhang gibt. Am stärksten korrelieren die Faktoren 2 und 3 miteinander (vgl. *Tabelle 23*). Etwas weniger stark korrelieren die Faktoren 1 und 3. Das besagt, daß der Karrierefaktor stärker vom Fachfaktor unterschieden ist als der Parteifaktor vom Fachfaktor. In der Tat hat Karrierestreben wenig mit Fachkompetenz gemeinsam, denn Karrieristen wollen unter fast allen Umständen nach oben, weswegen sie sich ständig in ihren Meinungsäußerungen anpassen müssen.

Wenn bei den ZK-Mitgliedern das Karrierestreben dominierte, dann ist es auch nicht verwunderlich, daß sie das Politbüro nicht zu einem Kurswechsel in Richtung Perestroijka gezwungen haben. Wer sich ständig anpassen will, wird sich immer nach der herrschenden politischen Linie der Parteiführung richten und nicht etwa die Parteiführung zu einem radikalen politischen Kurswechsel zwingen. Für das Erreichen der ZK-Mitgliedschaft waren also nicht Parteischulung und langjährige Funktionärstätigkeit in der SED die entscheidenden Voraussetzungen.

III. *Karriereverweigerungen und Karrierebrüche*

In der DDR bestand ein wirkungsvoller Mechanismus zur Karriereerschwernis bis Karriereverweigerung für diejenigen, welche die politischen Erwartungen und Vorgaben nicht erfüllten. Es begann bereits in der Schule, erfaßte die Phase der politischen Sozialisation und führte zur Verweigerung von Berufsperspektiven bis zu Karrierebrüchen.

1. *Bildungserschwernis und Bildungsverweigerung*

Unter HONECKER wurden strukturelle Veränderungen im Bildungswesen vorgenommen, die nicht nur die Neuzulassungen zu Hoch- und Fachschule drosselten, sondern die obendrein sicherstellten, daß politische Non-Konformisten fast keine Chance erhielten, eine höhere Bildung zu bekommen.[67] Das Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem wurde zwar schon unter ULBRICHT am 25. Februar 1965 verabschiedet, aber nicht in der Rigorosität wie unter HONECKER angewandt. ULBRICHT kam es darauf an, die Lücken an Fachkräften möglichst bald wieder zu schließen, die durch deren Flucht in den Westen bis zum Mauerbau 1961 entstanden waren.

Wer in der DDR zur Oberschule und somit zum Abitur zugelassen werden wollte, das nur an einer staatlichen Oberschule abgelegt werden konnte, mußte in der Regel außer mit einem sehr guten Notendurchschnitt in der 8. Klasse auch mit einer gute Beurteilung seiner gesellschaftlichen Tätigkeit aufwarten und die soziale Herkunft aus der Arbeiterklasse aufweisen. Gute Noten konnte man aber nur erreichen, wenn man auch die Ideologisierung des Unterrichtsstoffs akzeptierte und beherrschte. Beonders zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang das politische Fach Staatsbürgerkunde, das der vormilitärischen Ausbildung dienende Fach Wehrkunde in der Oberstufe und das vom historischen Materialismus durchdrungene Fach Geschichte. Was die soziale Herkunft betrifft, so hatte ein Vater, der selbst einmal Arbeiter und später von seinem Betrieb zum Studium delegiert worden war und so in die Schicht der Intelligenz aufgerückt ist, große Schwiergkeiten, wenn er seinen Sohn oder seine Tochter studieren lassen wollte.[68]

Die zahlenmäßige Zulassung zur Oberschule durfte den geplanten Bedarf an Intelligenzlern nicht übersteigen. Sie setzte obendrein nicht nur ein Mindestmaß an Loyalität gegenüber der DDR voraus, sondern darüber hinaus politisches Engagement für die Sache des Sozialismus. Dazu reichte nicht

67 WATERKAMP 1988: 531–543.
68 Ausführlicher in: SCHNEIDER 1977b: 76–89.

die nahezu selbstverständliche Mitgliedschaft in der sozialistischen Kinderorganisation „Junge Pioniere“ und anschließend in der sozialistischen Jugendorganisation „Freie Deutsche Jugend“ sowie die Teilnahme an der betont atheistischen Jugendweihe statt an der Konfirmation bzw. Erstkommunion und Firmung.

Der angehende Oberschüler mußte überdies durch politische und/oder soziale Aktivitäten in seiner Freizeit nachgewiesen haben, daß er sich der Tatsache bewußt ist, Mitglied eines großen sozialistischen Kollektivs zu sein. Besonders positiv wurde die Absolvierung der vormilitärischen Ausbildung in der „Gesellschaft für Sport und Technik“ vermerkt.

Diese Kriterien waren erneut bei der Zulassung zum Studium maßgebend. Wer sie in irgendeinem Punkte nicht erfüllte, konnte allerdings auf Umwegen doch noch zum Abitur und zu einem Studienplatz kommen: Er mußte eine dreijährige Berufsausbildung mit Abitur in einem Volkseigenen Betrieb absolvieren und dann daraufhinarbeiten, daß ihn sein Betrieb zum Studium delegiert. Es fällt z. B. auf, daß viele Bundestagsabgeordnete aus den neuen Bundesländern eine solche dreijährige Berufsausbildung mit Abitur durchlaufen haben. Die Jungen hatten außerdem noch die Möglichkeit, sich durch eine dreijährige Verpflichtung zur Nationalen Volksarmee einen Studienplatz zu erdienen. Wer trotzdem keinen Studienplatz erhielt oder wer das in allen Studiengängen verbindliche Examensfach Marxismus-Leninismus nicht ertragen wollte, dem blieb – wenn er eine höhere Bildung erreichen wollte – nur das Studium der Theologie an den verschiedenen kirchlichen Hochschulen. So ist das Studienfach Theologie bei Mandatsträgern der neuen Bundesländer nicht so selten wie in den alten Bundesländern.

2. *Parteimitgliedschaft*

Alle Leitungsfunktionen wurden in der DDR auf der jeweiligen Ebene in einer zweistufigen Liste geführt. Die wichtigeren Positionen durften nur von SED-Mitgliedern besetzt werden und standen auf der Liste der Nomenklaturfunktionen. Solche Listen gab es auf allen Ebenen. Zu diesen Leitungspositionen der unteren Ebene gehörte z. B. bereits die Funktion eines Schuldirektors. Die politisch weniger bedeutenden Karrierepositionen konnten zwar auch an einen Parteilosen vergeben werden, bedurften aber der Zustimmung der SED. Auf einer zweiten Liste, der Kadernomenklatur, wurden auf der jeweiligen Ebene die Namen derjenigen SED-Mitglieder geführt, die für Führungsaufgaben vorgesehen waren. Wer auf dieser Liste stand, gehörte zur Nomenklatur.

Nomenklatur ist nach dem vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen herausgegebenen „DDR-Handbuch“ die Bezeichnung für das „Verzeichnis von Führungspositionen in Partei, Staat und Gesellschaft“. Auf diese

Weise werden alle wichtigen Funktionen und Personen in der DDR erfaßt und nach Leitungsebenen und -bereichen geordnet.[69] Diese Nomenklaturfunktionen als „politische und ökonomische Schlüsselfunktionen“ auf ihrer Ebene waren mit „besonders bewährten und qualifizierten Kadern“ zu besetzen.[70] Im Bereich der SED wurde die Nomenklatur bereits 1949 eingeführt, später auf alle Leitungsbereiche von Staat und Gesellschaft der DDR ausgedehnt.[71]

Die Nomenklatur ordnete Funktionsträger unterschiedlicher Apparate auf den verschiedenen Leitungsebenen hierarchischen Nomenklaturstufen zu. Damit wurde zugleich der Stellenwert der jeweiligen Funktion in der Leitungsebene festgelegt. Das Zentralkomitee gehörte zur höchsten Nomenklaturstufe der Partei, der des Politbüros. Zur Politbüro-Nomenklatur zählten im Parteiapparat ferner die ZK-Sekretäre sowie die Ersten SED-Bezirkssekretäre und im Staatsapparat die Mitglieder des Staatsapparats sowie des Ministerrats.[72]

Auf der jeweiligen Nomenklaturstufe wurde über die personelle Besetzung der ihr zugeordneten Nomenklaturfunktionen entschieden. Das besagte, daß jeweils das Politbüro, dem auch der ZK-Sekretär für Parteiorgane angehört, die personelle Zusammensetzung des Zentralkomitees festlegte. Das Zentralkomitee führte seinerseits die Nomenklatur im Parteiapparat für die ZK-Abteilungsleiter und deren Stellvertreter, für die Sekretäre der SED-Bezirksleitungen und die Ersten Sekretäre der SED-Kreisleitungen, im Staatsapparat für die Minister, deren Stellvertreter, für die Vorsitzenden der Räte der Bezirke, deren Erste Stellvertreter, für die Mitglieder der Räte der Bezirke sowie für die Vorsitzenden der Räte der Kreise und im Wirtschaftsapparat für die Generaldirektoren und die Direktoren der Großbetriebe.[73] Das bedeutete in der Praxis: Wenn eine Leitungsfunktion mit einem SED-Mitglied besetzt werden mußte, wurde dessen Namen der Nomenklaturliste entnommen. Wenn von dem kleinen Proporz an Leitungsfunktionen für die willfährigen Blockparteien einmal abgesehen wird, konnte niemand Leitungsaufgaben wahrnehmen, der nicht in der SED war.

Wenn man nicht der SED angehören wollte, aber trotzdem nicht völlig auf Karrierechancen verzichten wollte, mußte man wenigstens einer der mit der SED befreundeten Parteien angehören. Die Führungen der DDR-Blockparteien CDU, LDPD (Liberal-Demokratische Partei), DBD (Demokratische Bauernpartei Deutschlands) und NDPD (National-Demokratische Partei Deutschlands) spielten politisch – wie auch ihre Parteien – keine Rolle. Der vom SED-Regime unter Hausarrest gestellte Kommunist Robert HAVEMANN charakterisierte sie 1976 folgendermaßen: „... die anderen Parteien sind ja

69 BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERDEUTSCHE BEZIEHUNGEN 1985: Band 2 M-Z, 945.
70 NEUGEBAUER 1987: 70 f.
71 GLAESSNER 1977: 239 ff.
72 GLAESSNER 1977: 240.
73 GLAESSNER 1977: 240.

gewissermaßen nur Büros (der SED), versehen nur mit eigenen Firmenstempeln.“[74]

Die Blockparteien mußten Anfang der 50er Jahre den politischen Führungsanspruch der SED anerkennen und für den Aufbau des Sozialismus eintreten. Ihre eigenen Parteiprogramme aus den späten 40er und frühen 50er Jahren mußten sie außer Kraft setzen. An ihre Stelle traten Statuten oder Satzungen, die vorwiegend parteiorganisatorische Fragen behandelten. Jede Aufnahme eines neuen Parteimitglieds bedurfte in der Spätphase-Honecker der Bestätigung durch die örtlichen SED-Gremien. Die SED wies jeder Blockpartei eine Zielgruppe zu. Arbeitern war die Mitgliedschaft in einer Blockpartei verboten. Eine Ausnahme bildete lediglich die CDU, die christliche Arbeiter aufnehmen durfte. Ebenso war es den Blockparteien untersagt, aktive Offiziere der Schutz- und Sicherheitsorgane aufzunehmen.

In der SED-Werteskala bestand nach Peter Joachim LAPP[75] folgende politische Rangfolge der Blockparteien:

1. die „Christlich-Demokratische Union Deutschlands“ (CDU), weil sie die für die SED wichtigste Bevölkerungsgruppe der Christen für die SED gewinnen soll,
2. die „Liberal-Demokratische Partei Deutschlands“ (LDPD), weil sie die zunehmend an Bedeutung gewinnende Zielgruppe der Kleingewerbler, Handwerker und Intelligenzler vertritt,
3. die „Demokratische Bauernpartei Deutschlands“ (DBD), welche die mit der Arbeiterklasse befreundete Klasse der Genossenschaftsbauern vertrat, aber nicht allein, denn dafür gab es auch andere Organisationen, die von der SED für diesen Zweck instrumentalisiert werden konnten,
4. die „National-Demokratische Partei Deutschlands“ (NDPD) war die „bürgerliche Partei“ der DDR mit dem problematischsten Selbstverständnis, weil sie über keine spezielle Zielgruppe mehr verfügte. Ihre ehemalige Zielgruppe der von Angehörigen der NSDAP und der Wehrmacht war weggestorben. So versuchte die NDPD, sich die Zielgruppe der Kleingewerbler und Handwerksmeister mit der LDPD zu teilen.

Auch wenn die Blockparteien eine „politische Nischenfunktion“ hatten, so blieb ihnen doch auf allen Ebenen ein kleiner Proporz von Leitungspositionen bis in die höchsten Staatsorgane, die von der SED politisch besonders zuverlässigen und willfährigen Blockparteifunktionären vergeben wurden. Dieser Proporz bewegte sich bei 10 %, und zwar sowohl im Ministerrat als auch in der Volkskammer der DDR.[76]

74 Zitiert nach: LAPP 1988: 7.
75 LAPP 1988: 147 ff.
76 LAPP 1988: 79 ff., 149.

3. *Karrierebrüche*

Wer der politischen Linie des Generalsekretärs im Zentralkomitee widersprach, mußte mit Karrierebrüchen bis hin zu seiner Inhaftierung rechnen. Beispiele gibt es unter ULBRICHT und unter HONECKER.

a) *Unter Ulbricht*

Die ersten Karrierebrüche von SED-Führungsmitliedern aus politischen Gründen erfolgten bereits 1950. Paul MERKER, Mitglied des SED-Parteivorstandes und Staatssekretär im Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, sympathisierte zusammen mit verschiedenen SED-Funktionären mit dem titoistischen „Sonderweg zum Sozialismus“.[77]. 1950 mußte er seine Funktionen aufgeben und die Leitung einer HO-Gaststätte in Luckenwalde übernehmen. 1952 wurde als „feindlicher Agent“ und „Subjekt der USA-Finanzoligarchie“ verhaftet. Er soll Verbindung mit dem angeblichen US-Agenten Noel FIELD gehabt haben, dessen Beschuldigung im Budapester Schauprozeß 1949 eine zentrale Rolle spielte. Später wurden diese Anklagen offiziell als Fälschung entlarvt.[78] Erst 1955 kam es zu einem Geheimprozeß vor dem Obersten Gericht der DDR, zwei Jahre nach dem Tode Stalins.

Bis zu seinem Lebensende blieb es MERKER, wie er später feststellte, unfaßbar, daß er für sein „von politischen und nationalen Erwägungen sowie von Gefühlen der Menschlichkeit diktiertes Auftreten gegen den Antisemitismus“ – er war selbst kein Jude – und für sein „von denselben Erwägungen diktiertes Eintreten für die jüdischen Menschen... von einer sozialistischen Justiz des Verrats an der Arbeiterklasse... angeklagt und eingekerkert werden würde“. Nach 28 Monaten Untersuchungshaft verurteilte ihn das Oberste Gericht zu acht Jahren Zuchthaus. Ein Jahr später sprachen dieselben Richter desselben Gerichts MERKER frei.[79] MERKER wurde parteioffiziell nicht rehabilitiert und war bis zu seinem Tode 1969 Lektor im Berliner Verlag „Volk und Wissen“.

Alexander ABUSCH, Mitglied des SED-Parteivorstandes und hauptamtlicher ZK-Mitarbeiter, mußte sich 1950 wegen der MERKER-Affaire aus allen Funktionen zurückziehen. Erst 1956 wurde er wieder in das Zentralkomitee als Mitglied aufgenommen und 1954 Stellvertretender Kulturminister, 1956 Staatssekretär im Kulturministerium, von 1958 an Kulturminister und 1961 Stellvertretender Regierungschef der DDR. 1982 gab er die Regierungsfunktion auf und war bis zu seinem Tod 1982 Mitglied des Kulturausschusses der Volkskammer.

77 LUDZ 1968; 174. HODOS 1988: 191–195.
78 WEBER 1989: 6.
79 SPITTMANN/HELWIG 1991: 136.

Ein anderes Opfer der MERKER-Affäre war Hans MÄHLE, dessen richtiger Name Heinrich August Ludwig MAHLMANN lautete. Er wurde 1911 in Hamburg geboren und war im Dritten Reich Bezirksleiter des kommunistischen Jugendverbandes im Ruhrgebiet. Später emigrierte er in die Sowjetunion und wurde dort leitender Mitarbeiter des Nationalkomitees „Freies Deutschland". Nach seiner Rückkehr nach Deutschland 1945 war er Intendant des Berliner Rundfunks und 1947 Generalintendant der SBZ-Sender. 1951 mußte er diese Funktion und seine Mitgliedschaft im SED-Parteivorstand aufgeben und sich mit der Funktion eines Werbeleiters der Konsumgenossenschaften im Kreis Schwerin zufriedengeben. 1954 stieg er dann zum Chefredakteur des SED-Bezirksorgans „Schweriner Volkszeitung" auf und wurde 1959 in seiner späteren Funktion als Chefredakteur der damals in Berlin (West) erschienenen SEW-Zeitung „Die Wahrheit" Mitglied der SED-Bezirksleitung Berlin.

Als nach Stalins Tod im Frühjahr 1953 die Sowjetunion die ersten Schritte zur Abkehr vom Stalinismus unternahm, drängte eine Gruppe in der SED unter Führung der vom KGB-Chef Lawrentij BERIJA unterstützten Spitzenfunktionäre ZAISSER und HERRNSTADT auf eine Änderung der Parteilinie und die Ablösung ULBRICHTs. ULBRICHT nutzte den Aufstand des 17. Juni 1953, der ihn eigentlich stürzen sollte, um seine Position zu stärken. Nun fürchtete die Sowjetunion Experimente.[80] Die *Politbüro-Mitglieder* Franz DAHLEM, ZK-Sekretär, und Wilhelm ZAISSER, Minister für Staatssicherheit, die *Politbüro-Kandidaten* Rudolf HERRNSTADT, Chefredakteur des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland", Hans JENDRETZKY, Erster Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin und Elli SCHMIDT, die erste Vorsitzende des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands, sowie die *ZK-Mitglieder* Max FECHNER, Justizminister, und Anton ACKERMANN, Staatssekretär im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, verloren ihre Partei- und staatlichen Funktionen. FECHNER wurde als „Feind des Staates und der Partei" verhaftet, weil er die Arbeiter für nicht strafbar erklärte, die zu Beginn des Aufstandes am 17. Juni 1953 ihr verfassungsmäßig garantiertes Streikrecht ausgeübt haben.[81] ACKERMANN, dessen richtiger Name Eugen HANISCH war, DAHLEM, JENDRETZKY und Elli SCHMIDT erhielten 1954 eine strenge Parteirüge. FECHNER und HERRNSTADT wurden sogar 1953 bzw. 1954 aus der SED ausgeschlossen.

Im Zuge der Entstalinisierung wurden 1956 FECHNER amnestiert und aus der Haft entlassen sowie JENDRETZKY, ACKERMANN, Elli SCHMIDT und DAHLEM rehabilitiert. ACKERMANN stieg 1958 zum Stellvertretenden Vorsitzender der Staatlichen Plankommission auf, JENDRETZKY 1960 zum Minister und Leiter der Zentralen Kommission für staatliche Kontrolle und

80 WEBER 1971: 17. FRICKE 1984: 105–112.
81 FRICKE 1984: 99.

DAHLEM 1967 zum Stellvertretenden Minister für Hoch- und Fachschulwesen. DAHLEM und JENDRETZKY wurden sogar 1957 wieder in das ZK als Mitglieder aufgenommen. Nicht rehabilitiert wurden dagegen ZAISSER und HERRNSTADT. ZAISSER wurde Mitarbeiter im SED-offiziellen Dietz-Verlag und später des ZK-Institut für Marxismus-Leninismus in Berlin. HERRNSTADT wurde in der Merseburger Zweigstelle des Deutschen Zentralarchivs beschäftigt.

Nach der geheimen Anti-Stalin-Rede CHRUSCHTSCHOWs 1956 und den darauf folgenden Sturz des stalinistischen Parteichefs Boleslaw BEIRUT in Polen sowie nach dem im selben Jahr von den Sowjettruppen niedergeschlagenen Ungarn-Aufstand kam es 1957 auch zu Auseinandersetzungen in der SED-Führungsspitze. Eine Gruppe von SED-Spitzenfunktionären wollte 1957 Reformen durchführen und eine Annäherung der DDR an die Bundesrepublik Deutschland erreichen.[82] Die anschließende Säuberungswelle erfaßte 1958 die *Politbüro-Mitglieder* Karl SCHIRDEWAN, ZK-Sekretär und Kandidat für die Nachfolge ULBRICHTs[83], wegen „Fraktionstätigkeit", die in der SED streng verboten war, und Fred OELSSNER, Stellvertretender Regierungschef, wegen Kritik an der Wirtschaftspolitik ULBRICHTs, sowie das *ZK-Mitglied* Ernst WOLLWEBER, Minister für Staatssicherheit, wegen „Fraktionstätigkeit" und Opposition gegen ULBRICHT.

Nach Karl Wilhelm FRICKE gab es zwischen der ZAISSER/HERRNSTADT-Fraktion nicht nur Gemeinsamkeiten in der Zielsetzung, sondern auch in dem Umstand, daß sich wiederum der Chef der Staatssicherheit ZAISSER und sein Nachfolger im Amt WOLLWEBER der parteiinternen Opposition angeschlossen.[84] Beide Oppositionsfraktionen wollten eine langsamere Gangart beim Aufbau des Sozialismus und keine Vertiefung der Spaltung gegenüber der Bundesrepublik Deutschland. Beide hatten sich vorher in Moskau abgesichert, aber das nützte ihnen nicht viel, weil entweder – wie im Fall BERIJA – der Rückversicherer selbst gestürzt wurde oder – wie im Fall CHRUSCHTSCHOW – der Rückversicherer selbst nur mühsam politische Fraktionskämpfe zu überstehen hatte und keine politischen Risiken eingehen wollte. SCHIRDEWAN und WOLLWEBER wurden mit einer strengen Parteirüge bestraft. SCHIRDEWAN übte 1959 Selbstkritik und widerrief seine Abweichungen. Von 1958 bis 1965 war er Leiter der Staatlichen Archivverwaltung der DDR in Potsdam. 1990 wurde er in den PDS-Beirat der Alten aufgenommen. OELSSNER war bis zu seinem Tode 1969 als Direktor des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften der DDR tätig.

Die Kritiker von ULBRICHTs Wirtschaftspolitik endeten mit Selbstmord: 1957 Gerhart ZILLER, ZK-Mitglied und ZK-Sekretär für Wirtschaft, sowie

82 WEBER 1971: 20.
83 FRICKE 1984: 116.
84 FRICKE 1984: 115.

1965 Erich APEL, Politbüro-Kandidat, Vorsitzender der Staatlichen Plankommission und Stellvertretender Regierungschef. ZILLER wurde posthum beschuldigt, zur „parteifeindlichen Gruppe SCHIRDEWAN und WOLLWEBER“ gehört zu haben. APEL versuchte mit anderen Reformern, die Planwirtschaft zurückzudrängen. Den Betrieben sollten weitgehende Rechte zugebilligt werden, und der Gewinn sollte in das Zentrum der Wirtschaftstätigkeit rücken. Außerdem wehrten sich die Reformer gegen Wirtschaftsabkommen, die Ost-Berlin 1965 mit der Sowjetunion unter dem neuen Generalsekretär BRESCHNEW zum Nachteil der DDR schließen mußte und gegen das von Moskau für Ost-Berlin verfügte Verbot, die Handelsbeziehungen zu Westeuropa auszuweiten.

b) *Unter Honecker*

HONECKER entfernte 1985 zwei Politbüro-Mitglieder aus der politischen Führung: den ZK-Sekretär und Ersten Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin, Konrad NAUMANN, sowie den ZK-Sekretär für Westfragen, Herbert HÄBER. NAUMANN kritisierte HONECKER, weil dessen Westpolitik zu wenig die Anliegen der unteren sozialen Schichten, vor allem der Arbeiter, berücksichtige, z. B. derjenigen, die keinen Zugang zu DM hatten und deshalb die DDR-Mangelsituation nicht mittels Westwaren wenigstens punktuell ausgleichen konnten.

HÄBER in seiner Zuständigkeit – seit 1984 als ZK-Sekretär – für die Beziehungen der DDR zur Bundesrepublik versuchte, von ZK-Sekretär MITTAG auch die Zuständigkeit für die innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen zu erhalten. Da die deutsch-deutschen Beziehungen Chefsache waren und MITTAG die Gunst HONECKERs besaß, wurde HÄBER 1985 aus gesundheitlichen Gründen – angeblich wegen Geisteskrankheit – aus dem Politbüro entfernt. NAUMANN wurde Stellvertretender Direktor des DDR-Staatsarchivs in Potsdam und HÄBER in das ZK-Institut für Marxismus-Leninismus abgeschoben.